

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivalien-Zugang 24 / 19 22 Nr. 546

206

/46

Dr. Dr. h. c. H. Heimerich
Rechtsanwalt u. Steuerberater

Kurt Lindhorst
Heidelberg, Anlage 20
(Angelegenheit Hölken)

angefangen: 19.....
beendet: 19.....

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50 / 1929 Nr. 30

3. 10. 46 Kartenschiff

Run 100. -

16.3. 1953

16/3

Firma

P. Lindhorst GmbH.

Ziegelhausen/Heidelberg
Heinrich Stoeßstr. 31

Dr. O./Ge.
- 1520/52 -

Sehr geehrter Herr Lindhorst !

In der Angelegenheit Leuchtstoffwerk ist Herr Rechtsanwalt Dr. Weidmüller im Termin vom Donnerstag, den 12.3. 1953 nicht erschienen. Die Sache wurde deshalb zunächst einmal vertagt auf

Freitag, den 24.4. 1953 - vormittags 8 Uhr 30 -.

In der Räumungssache habe ich noch nichts gehört. Auch ist mir das Sachverständigengutachten noch nicht zugegangen. Bei dieser Gelegenheit darf ich mir erlauben, mit Ihnen wegen einiger abgeschlossener Sachwie folgt abzurechnen :

- | | |
|---|-----------|
| 1. Entwurf und Verhandlung eines Vertrags
mit Frau Lindberg
Geschäftswert 25.000.-- DM
hieraus eine Gebühr von | DM 280.-- |
| 2. Angelegenheit Bauzuschuss an
Schwäger-Crimoso
Geschäftswert DM 1.000.--
hieraus für die Prüfung eines
Vertragsentwurfs 1/2 Gebühr | " 22,50 |
| 3. Angelegenheit Hölken
Geschäftswert RM 4681,70=DM 468,17
hieraus für Schriftwechsel und Ent-
wurf sowie Einholung einer Abtre-
tungserklärung eine Gebühr von | " 25.-- |
| Porti und Telefonauslagen seit der
letzten Rechnung vom 17.5. 1952 | " 2,60 |
| 4% Umsatzsteuer | " 13,20 |

insgesamt DM 343,30

8/10/2

Ich wäre Ihnen für eine gelegentliche Ueberweisung des
Gesamtbetrages von

DM 343,30

auf eines der oben bezeichneten Konten zu Dank verpflichtet.

Mit freundlicher Begrüßung !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

7. Vm 52

3. Juni 1952

1. Vm 52

Dr.O./Z.
- 206 -

ab 3/6.52.

Firma

L i n d h o r s t GmbH.

Ziegelhausen b/Heidelberg

Heinrich Stoeßstr. 31

Sehr geehrter Herr Lindhorst !

In der Angelegenheit H ö l k e n beziehe ich mich auf
mein Schreiben vom 20.5.52 und übersende Ihnen in der
Anlage die mir von der Firma Hölken zugegangene Ab-
tretungserklärung im Original. Damit dürfte diese Ange-
legenheit vorläufig ihren Abschluß gefunden haben.

Mit freundlicher Begrüßung !

RM 4.681.70

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

DM 468.77

25. -

3. Juni 1952

Dr. O. / R.
- 206 -

Firma
L i n d h o r s t GmbH.
Ziegelhausen b. Heidelberg
Heinrich Stöckertstr. 31

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

In der Angelegenheit H ö l k e n beziehe ich mich auf
mein Schreiben vom 20.5.52 und übersende Ihnen in der
Anlage die mir von der Firma Hölken zugegangene Ab-
tretungserklärung im Original. Damit dürfte diese Ange-
legenheit vollständig ihren Abschluss gefunden haben.

Mit freundlicher Begrüßung!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

D.C.B.G.

SPEZ.: KUNSTSEIDEN - BAUMWOLL - INDANTHREN - FÄRBEREI · KREUZSPULBLEICHEREI



EINGETRAGENE



SCHUTZMARKE

BLEICHEREI · FÄRBEREI · MERCERISIERANSTALT · EISENGARNFABRIK · ZWIRNEREI

MARTIN HÖLKEN G.M.
B.H.

Herren
Rechtsanwälte
Dr. Heinz G.C. Otto
Dr. Walter Becker-Bender

27 Mai 1952

(17a) M a n n h e i m
Friedrichsplatz 1

22a WUPPERTAL-OBERBARMEN
BOCKMÜHLE 87 a

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Dr. O./W.
-206/46-

20.5.52

H

26. Mai 1952

Betr.:

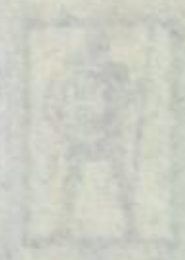
Firma Lindhorst G.m.b.H., Ziegelhausen.

In Erledigung Ihres Briefes senden wir Ihnen
hiermit unsere Abtretungserklärung.

Hochachtungsvoll
Martin Hölken G.m.b.H.

Hölken

Anlage !



MARTIN HOKKEN

WURTHENBERG

20. Mai 1912

... ..

Hochachtungsvoll
Martin Hokken

Handwritten signature

Firma

L i n d h o r s t, G.m.b.H.

Ziegemhausen b/Heidelberg

Heinrich Stoesstr. 31

Wir nehmen Bezug auf das Schreiben Ihres Anwalts vom 20.5.1952 und teilen Ihnen mit, daß uns für folgende Rechnungen:

27.11.1944	Häkelgarn	RM 3.750,--
31.12.1944	Veredelungsloehne für Zellwolle	" 931,70
		<hr/> RM 4.681,70

vor dem 21.11.1946 keinerlei Zahlungen zugegangen sind. Sollte sich wider Erwarten nachträglich herausstellen, daß doch eine solche Zahlung eingegangen ist, so verpflichten wir uns, Sie hiervon umgehend in Kenntnis zu setzen und den Betrag an Sie weiterzuleiten.

Alle Rechte aus einer etwa vor dem 21.11.1946 steckengebliebenen Überweisung der obigen Rechnungsbeträge in Höhe von insgesamt RM 4.681,70 treten wir Ihnen hiermit unwiderruflich ab. Wir verpflichten uns, Ihnen eine nachträglich aus dieser steckengebliebenen Überweisung etwa erfolgte^{ende} Gutschrift umgehend mitzuteilen und an Sie weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll!

Martin Hälken G.m.b.H.

Firma
 Lindhorst, G.m.b.H.
Stegemann & Heideberg
 Martin Steegstr. 31

Wir nehmen Bezug auf das Schreiben Ihres Anwalts vom 20.2.1952
 und teilen Ihnen mit, das uns für folgende Rechnungen:

27.11.1944	BRK-Garn	RM 3.750,--
31.12.1944	Veredelungsgebühren für Zellwolle	" 931,70
		<hr/> RM 4.681,70

vor dem 31.11.1946 keinerlei Zahlungen zugegangen sind.
 Sollte sich wider Erwarten nachträglich herausstellen,
 das doch eine solche Zahlung eingegangen ist, so verpflicht-
 ten wir uns, Sie hiervon umgehend in Kenntnis zu setzen und
 den Betrag an Sie weiterzuleiten.
 Alle Rechte aus einer etwa vor dem 31.11.1946 steckengeblie-
 benen Überweisung der obigen Rechnungsbeträge in Höhe von
 insgesamt RM 4.681,70 treten wir Ihnen hiermit unwiderruflich
 ab. Wir verpflichten uns, Ihnen eine nachträglich aus dieser
 steckengebliebenen Überweisung etwa erfolgte Gutschrift un-
 gehend mitzuteilen und an Sie weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll!

Martin Häfken G.m.b.H.

20.5.1952

Dr.O./W.

- 206/46 -

Firma

P. L i n d h o r s t G.m.b.H.

Ziegelhausen b/Heidelberg

Heinrich Stoess-Str. 31

(Dr. Otto)
Sehr geehrter Herr Lindhorst!

In der Anlage übersenden wir Ihnen Abschrift unseres Schreibens an die Firma Martin Hölken, G.m.b.H., Wuppertal-Oberbarmen nebst einem Entwurf einer von der Firma abzugebenden Erklärung. Bei nochmaliger Durchsicht der ganzen Akten stellen wir fest, daß der Vorgang sich möglicherweise auch folgendermaßen rekonstruieren läßt:

Die Kontoauszüge Ihrer Firma schließen am 7.Sept. 1944 bzw. am 24. Okt. 1944 ab, während die Rechnungen der Firma Hölken erst später datieren, nämlich vom 27.11.44 und vom 31.12.44. Es ist also möglich, daß die Lieferungen zu einem Zeitpunkt erfolgt sind bzw. von der Firma Hölken abgesandt wurden, zu dem der Geschäftsbetrieb Ihrer Firma bereits lahmgelegt war. Aus Ihren Kontoauszügen ergibt sich jedenfalls, daß nach dem 24.Okt.1944 keine Zahlung mehr an Firma Hölken erfolgt ist, sodaß also die Rechnungen vom November und Dezember 1944 auch nicht bezahlt sein können. Wahrscheinlich haben die Sendungen Sie garnicht mehr erreicht, sodaß Ihre Firma aus diesem Grunde keine entsprechenden Buchungen vorgenommen hat. Wenn die Sendungen unterwegs durch Fliegerschaden untergegangen sind, dann müssen Sie nach der Regelung des BGB die Rechnung trotzdem bezahlen, da nach § 477 BGB bei Versendung der Lieferung die Gefahr für einen Untergang mit dem Augenblick auf den Käufer übergeht, in dem der Verkäufer die Sache zum Transport gibt. Etwas anderes könnte nur gelten, falls in beiderseits anerkannten allgemeinen Geschäftsbedingungen eine von dieser gesetzlichen Regelung abweichende Bestimmung enthalten sein sollte.

Ob meine Mutmaßungen zutreffen, können Sie selbst sicher ohne

weiteres feststellen, da Sie ja wahrscheinlich wissen,
wie lange Ihr Berliner Geschäftsbetrieb noch intakt gewesen
ist. Immerhin kann es unter keinen Umständen etwas schaden,
wenn wir uns von der Firma Hölken die von uns entworfene Er-
klärung geben lassen.

Mit freundlicher Begrüßung!

Anlagen

F. I. n. d. e. r. a. t. G. m. b. H.

Kiehlmann & Heideberg

Heinrich-Stroos-Str. 31

(Dr. Otto)

Rechtsanwalt

Herrn Dr. Otto Herr Lindhorst!

In der Anlage übersenden wir Ihnen Abschrift un-
seres Schreibens an die Firma Martin Hölken, G.m.b.H., Wuppertal-Oberbarmen nebst einem Entwurf einer von der Firma abzuge-
benden Erklärung. Bei nochmaliger Durchsicht der ganzen Akten
stellen wir fest, daß der Vorgang sich möglicherweise auch fol-
gendermaßen rekonstruieren läßt:
Die Kontosauszüge Ihrer Firma schließen am 7. Sept. 1944 bzw. am
24. Okt. 1944 ab, während die Rechnungen der Firma Hölken erst
später datieren, nämlich vom 27.11.44 und vom 31.12.44. Es ist
also möglich, daß die Lieferungen zu einem Zeitpunkt erfolgt
sind bzw. von der Firma Hölken abgeandt wurden, zu dem der
Geschäftsbetrieb Ihrer Firma bereits lahmgelegt war. Aus Ihren
Kontosauszügen ergibt sich jedenfalls, daß nach dem 24. Okt. 1944
keine Zahlung mehr an Firma Hölken erfolgt ist, sodaß also die
Rechnungen vom November und Dezember 1944 auch nicht bezahlt sein
können. Wahrscheinlich haben die Sendungen Sie garnicht mehr
erreicht, sodaß Ihre Firma aus diesem Grunde keine entsprechenden
Buchungen vorgenommen hat. Wenn die Sendungen unterwegs durch
Fliegerbeschaden untergegangen sind, dann müssen Sie nach der Re-
gelung des BGB die Rechnung trotzdem bezahlen, da nach § 347 BGB
bei Versendung der Lieferung die Gefahr für einen Untergang mit
dem Augenblick auf den Käufer übergeht, in dem der Verkäufer die
Sache zum Transport gibt. Etwas anderes könnte nur gelten, falls
in letzterem anerkannten allgemeinen Geschäftsbedingungen eine
von dieser gesetzlichen Regelung abweichende Bestimmung enthalten
sein sollte.
Ob massive Maßnahmen zu treffen, können Sie selbst sicher ohne

20.5.1952

ab 23/5.52

Dr.O./W.

- 206/46 -

Firma

Martin H ö l k e n , G.m.b.H.

Wuppertal-Oberbarmen

Bockmühle 87a

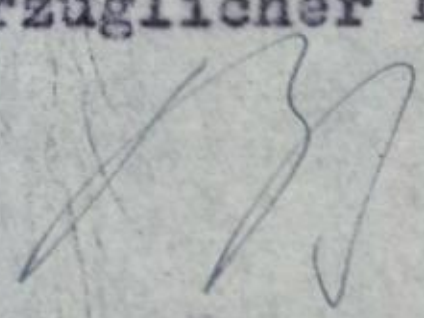
Betr.: Firma Lindhorst G.m.b.H., Ziegelhausen b/Heidelberg.

Wir sind von der oben genannten Firma beauftragt worden,
Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Lt. Ihrem Schreiben vom 13.2.52 an den Steuerberater meiner
Mandantin, Herrn Karl Friedrich Ott in Heidelberg hat Ihnen
die Firma Lindhorst für 2 Rechnungen aus dem Jahre 1944 am
21.11.1946 durch die Reichsbank den Betrag von RM 4.681,70
überwiesen. (Sie schreiben versehentlich "DM"). Wie Ihnen
bekannt sein dürfte, hat die Firma Lindhorst noch vor dem
Zusammenbruch eine entsprechende Überweisung an Sie veranlaßt,
die aber offenbar stecken geblieben ist, jedenfalls nach Ihren
Angaben Sie nicht mehr erreicht hat. Da es nun möglich ist, daß
zu dem späteren Zeitpunkt die Rechte aus solchen steckengeblie-
benen Überweisungen noch einmal geltend gemacht werden können,
möchten wir Sie bitten, alle Rechte aus dieser steckengebliebenen
Überweisung an die Firma Lindhorst abzutreten. Den Entwurf einer
solchen Abtretungserklärung fügen wir Ihnen in der Anlage bei
mit der Bitte, sie nach Unterzeichnung Uns zurückzugeben.

Anlage:
Abtretungserklärung

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Becker-Dender)
Rechtsanwalt

20.5.1952

Dr. O. W.
- 205/46 -

Firma

Martin H. I. K. n. , G.m.b.H.

Wuppertal-Oberbarmen

Böckmühle 87a

Betr.: Firma Lindhorst G.m.b.H., Siegelhausen b/Heidelberg.

Wir sind von der oben genannten Firma beauftragt worden,
Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Ist. Ihrem Schreiben vom 13.2.52 an den Steuerberater meiner
Landesbank, Herrn Karl Friedrich Ott in Heidelberg hat Ihnen
die Firma Lindhorst für 2 Rechnungen aus dem Jahre 1944 am
21.11.1946 durch die "Kassabank den Betrag von RM 4.681,70
überwiesen. (Sie schreiben versehentlich "DM"). Wie Ihnen
bekannt sein dürfte, hat die Firma Lindhorst noch vor dem
Zusammenbruch eine entsprechende Überweisung an Sie veranlaßt,
die aber offenbar stecken geblieben ist, jedenfalls nach Ihren
Angaben Sie nicht mehr erreicht hat. Da es nun möglich ist, daß
zu dem späteren Zeitpunkt die Rechte aus solchen steckengeblie-
benen Überweisungen noch einmal geltend gemacht werden können,
möchten wir Sie bitten, alle Rechte aus dieser steckengebliebenen
Überweisung an die Firma Lindhorst abzutreten. Den Antwort einer
solchen Abtretungserklärung legen wir Ihnen in der Anlage bei
mit der Bitte, sie nach Unterzeichnung uns zurückzugeben.

Anlage:
Abtretungserklärung

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. Becker-Gönder)
Rechtsanwalt

reid von nun

ausgezeichnet

21.5. 52

Hi./Ge.

- 206 -

Firma

P. Lindherst GmbH.

Heidelberg-Ziegelhausen

Heinrich Stoeßstr. 31

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

Wir haben die Frage, ob eine Uebertragung des Aufgaben des Auftraggebers auf eine dritte Person nach den Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes möglich und zulässig ist, geprüft und sind dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

1. Nach dem Heimarbeitsgesetz vom 14. März 51 kann weder

die zivilrechtliche noch die strafrechtliche Haftung

des Auftraggebers ausgeschlossen werden. Daran kann

auch nicht die Möglichkeit der Uebertragung der Auf-

gaben des Auftraggebers auf eine von ihm bevollmächtigte

Person etwas ändern, da doch letzten Endes zivilrecht-

lich der Auftraggeber gemäß § 278 BGB für den von ihm

Beauftragten haftet. Die strafrechtliche Haftung fällt in

jedem Falle auf den Auftraggeber zurück. Eine Ueber-

tragung dieser Aufgabe auf Ihren Steuerberater ist daher

rechtlich völlig ohne Bedeutung.

2. Die einzige Möglichkeit, sich von den mannigfachen Ver-

pfl ichtungen, die das HAG dem Auftraggeber auferlegt.

zu entlasten, besteht darin, einen oder mehrere Zwi-

schenmeister zwischen Auftraggeber und Heimarbeiter

einzuschalten. Dieser Zwischenmeister darf aber nicht selbst

selbst Arbeitnehmer sein, sondern muß

(Dr. Otto)

- a) in der Auswahl der Heimarbeiter selbstständig sein,
b) braucht er nicht nur an einen Auftraggeber gebunden zu sein.

Durch die Einschaltung eines Zwischenmeisters werden die sonst dem Auftraggeber durch das HAG auferlegten Pflichten auf diesen abgewälzt. Er ist also gegenüber den von ihm mit Arbeit versehenen Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden Auftraggeber. Ihm obliegt damit auch die Listenführung (§6), die Anzeige bei erstmaliger Ausgabe von Heimarbeit (§7), die Auslage der Entgeltverzeichnisse (§8), und die Entgeltbuchbeschaffung (§9). Er hat für die Einhaltung der Schutzvorschriften (§§ 10-16), für die ordnungsgemäße Entgeltzahlung (§§ 24, 26, 28) und für die Beachtung des Kündigungsschutzes (§29) einzustehen.

Damit untersteht er auch den für die Auftraggeber geltenden Strafvorschriften.

Ob dieser Weg, einen Zwischenmeister einzuschalten, allerdings zweckmäßig ist, möchten wir bezweifeln. Auf der einen Seite wird zwar die Haftung auf einen Dritten abgewälzt. Auf der anderen Seite bringt die Einschaltung eines Zwischenmeisters zweifellos eine Erhöhung der Gesteungskosten des Arbeitsproduktes mit sich, deren Auswirkungen, sei es auf den Betrieb, sei es auf die Heimarbeiter, nachteilige Folgen haben können.

Wir haben Ihnen ein Exemplar des Kommentars zu HAG von Gröninger besorgt, das wir als Anlage nebst Rechnung beifügen.

Wir bitten Sie, den Rechnungsbetrag auf ~~eines unserer Konten~~ *Dr. Otto* zu überweisen.

Wir hoffen, Ihnen mit den obigen Ausführungen gedient zu haben.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Der Lindrost.

Der Richter von Herrn L. hat in der Frage
ob eine Übertragung der Rechte und Pflichten der
Kriegsgesellen im Heimatsverhältnis auf
eine dritte Person möglich ist. Zielung geprüft
u. bin zu folgen dem Ergebnis gekommen:

- 1.) Nach dem Heimatsgesetz kann jede die
Zuständigkeit. nach der schweizer. Haftung der
Kriegsgesellen ausgesprochen werden (§§ 30, 31) da
dann kann eine solche Übertragung der Pflich-
ten des Kriegsgesellen auf eine dritte mach-
bar sein, wenn es sich, da das Gesetz die
dritte Person nicht sieht, da das Gesetz die
des Gesetzes. der Kriegsgeselle gem. 271 (20)
für den von ihm beauftragten haben wird.
Die schweizer. Haftung fällt in jedem Fall
auf den Kriegsgesellen zurück. Die Haftung
besteht auf der Übertragung der Rechte. so ist
2.) Die einzige Möglichkeit sich von den Leistungen
der Verpflichtungen, die der H.A.G. dem Kriegsgesellen
auferlegt, zu entziehen, besteht da-
rin dass er. auf andere Weise zu vermeiden
möglich ist. d. Heimatsgesetz einzuführen.
Dieser Gesetz muss das aber nicht
selbst beibringen sein, sondern nur
1.) in der Übertragung der Rechte selbstständig in
2.) bringt es nicht nur den Kriegsgesellen
gehört zu sein.

Da die Verpflichtung nicht gegen Gesetz-
geber werden die dem Kriegsgesellen durch die
H.A.G. auferlegten Verpflichtungen auf ihn abge-
wälzt. Es ist also unmöglich den von ihm mit
behalten versehen Heimatsgesetz mit dem



P. LINDHORST

G · M · B · H

HANDSTICKEREI
ERZEUGNISSE

Kunst-Werkstätten

KINDER, UND JUNG,
MÄDCHENBEKLEIDUNG

HEIDELBERG, ZIEGELHAUSEN,

DEN

28.4.52

KL/S.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Heinz G.C. O t t o ,

Mannheim,
Friedrichsplatz 1.

29. April 1952

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Die Belästigungen durch die Luchtstoffwerke haben vorläufig tatsächlich aufgehört und wollen wir nur hoffen, dass dies ein dauernder Zustand wird.

Was nun Ihre Ausführungen über die Firma Hölken anbetrifft, so möchte ich Sie bitten, sich von Hölken die Erklärung geben zu lassen, dass etwaige Rechts aus steckengebliebenen Kriegsüberweisungen an uns abgetreten werden.

Ich habe nun noch einmal an Herrn Rechtsanwalt Vogel geschrieben und um Übersendung von Abschriften des Vertrages für Graimbergweg 1 gebeten.

Hochachtungsvoll

P. LINDHÖRST

G. M. B. H.

KINDER- UND JUNGEN-
MÄDCHENBEKLEIDUNG

Kunst-Neckschillen

HANDBSTICKEREI
ERNSTUNGASSE



HEIDELBERG-STRASSE 11

BRN 28.4.52

1.3.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Heins 2.0.10 t t .

Rechtsanwalt Dr. Heins 2.0.10 t t .

Sehr geehrter Herr Dr. Heins!

Die Belastungen durch die Nachschüsse haben vollständig zuge-
hört und wollen wir nur hoffen, dass dies ein dauernder Zustand wird.

Was meine Anmerkungen über die Firma Hölken anbetrifft, so möchte ich
sie bitten, sich von Hölken die Erklärung geben zu lassen, dass es
keine ausstehenden Verbindlichkeiten gibt, die abgetragen werden.

Ich habe nun noch einmal an Herrn Rechtsanwalt Vogel geschrieben und um Ver-
sicherung von Beschränkung des Vermögens für den Fall der Liquidation gebeten.

Hochachtungsvoll

26. April 1952

d 26/4/52

Dr.O./Z.
- 206 - 1565 -

Herrn
Karl Friedrich O t t
H e i d e l b e r g
Mannheimer-Str.2

Sehr geehrter Herr Ott !

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir gelegentlich mitteilen würden, welche endgültige Formulierung der Mietvertrag zwischen Herrn Schwäger-Crimoso und Frau Thiele erhalten hat.

Ich bestätige noch bestens dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 19.4.1952 in der Angelegenheit Hölken und übersende Ihnen in der Anlage Abschrift meiner an die Firma Lindhorst gerichteten Antwort zur gefl. Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

28. April 1952

Dr. O. v. S.
- 206 - 1565 -

Herrn
Karl Friedrich O. v. S.
Reichelberg
Mannheimer-Str. 2

Sehr geehrter Herr Ott!

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir gelegentlich mit-
teilen würden, welche endgültige Formulierung der Miet-
vertrag zwischen Herrn Schwager-Crimm und Frau Thiele
erhalten hat.

Ich bestätige noch bestens dankend den Empfang Ihres
Schreibens vom 19.4.1952 in der Angelegenheit Höcker
und überlasse Ihnen in der Anlage Abschrift meiner an
die Finanzbehörde gerichteten Antwort zur gefl. Kennt-
nahme.

Mit freundlichen Grüßen!

(Dr. Otto)
Nachtsenweit

Wohn. Hölken ✓
Wohn. Hölken

24. April 1952

115/412

Dr. O. / Z.
- 206 1

Firma
P. Lindhorst GmbH.
Heidelberg-Ziegelhausen
Heinrich Stoeßstraße 31

Sehr geehrter Herr Lindhorst !

Ich nehme Bezug auf das Schreiben des Herrn Ott in der Sache Hölken vom 19.4.52 und teile Ihnen nach Prüfung der Rechtslage mit, daß ein Anspruch gegen die Firma Hölken auf Rückzahlung des Betrags von RM 4.681.70 zweifelhaft erscheint. Der Anspruch könnte nur auf ungerechtfertigte Bereicherung gestützt werden, mit dem Hinweis darauf, daß Hölken diesen Betrag zweimal erhalten hätte. Dies ist aber nicht der Fall, da Ihre erste Überweisung bekanntlich steckengeblieben ist und man der Firma Hölken jedenfalls nicht nachweisen kann, daß sie diesen Betrag erreicht hat. Gemäß § 270 BGB trägt der Schuldner einer Geldforderung die Gefahr für die Übermittlung an den Wohnsitz des Gläubigers. Es ist zwar zeitweise im Schrifttum die Ansicht vertreten worden, daß dieses Ergebnis unbillig sei. Man versuchte eine Lösung des Problems dahin, daß beim Steckenbleiben von Banküberweisungen Schuldner und Gläubiger sich in den Schaden teilen. Diese allein aus Billigkeit Gesichtspunkten entwickelte Lösung hat sich aber in der Rechtsprechung bisher nicht durchgesetzt, da die Gerichte sich nicht dazu entschließen konnten, von der klaren gesetzlichen Regelung des § 270 BGB abzugehen.

Der ganze Fall bekommt aber wahrscheinlich dadurch eine andere Beleuchtung, als immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden kann, daß steckengebliebene Banküberweisungen vielleicht einmal bereinigt werden, vorausgesetzt allerdings, daß man noch über die nötigen Beweismittel verfügt. Sollte dieser Zeitpunkt kommen, dann müßten Sie die steckengebliebene Überweisung an Hölken zurückdisponieren. Solange bei Hölke keine Gutschrift erfolgt ist, hat dieser auch kein Recht

auf Durchführung der Überweisung. Wenn Sie sich aber sichern wollen, dann können Sie von Hölken eine Erklärung verlangen, daß er alle seine etwaigen Rechte aus der steckengebliebenen Überweisung dieses Betrags an Sie abtritt. Die Tatsache dieser Abtretung müßte man dann so früh wie möglich den an der Überweisung beteiligten Banken bekanntgeben.

Sollte Hölken tatsächlich den Betrag bei Ihnen ein zweites Mal kassiert haben, obwohl er auch eine Gutschrift über die erste Überweisung erhielt, dann würde sich dieser Tatbestand wahrscheinlich gelegentlich einer Bereinigung der steckengebliebenen Überweisungen herausstellen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist aber meines Erachtens leider in dieser Sache nichts weiter zu unternehmen.

Abtschrift dieses Schreibens habe ich Herrn Ott zu seiner Information übersandt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

PS. Ich darf noch an die Übersendung des Vertrags über das Grundstück Grainbergweg 1 erinnern, damit ich die mir vorgelegte Frage prüfen kann.

Haben die Belästigungen durch die Leuchtstoff nun tatsächlich aufgehört und wie haben Sie sich mit Herrn Dr. Kamm verständigt?

D.O.

KARL FRIEDRICH OTT

HELPER IN STEUERSACHEN
BUCHSACHVERSTÄNDIGER

Postscheckkonto: Karlsruhe 14461

Bankkonto: Handels- und Gewerbebank
Konto Nr. 2801

Sprechstunden:
Möglichst nach vorh. telef. Vereinbarung

to PK
HEIDELBERG, den 19.4.1952
Mannheimer Str. 2
Telefon 6285

21. April 1952

┌ Briefanschrift: Karl Friedrich Ott, Heidelberg, Mannheimer Str. 2 ┐

Herrn

Dr. H. O t t o
Rechtsanwalt

M a n n h e i m

Friedrichsplatz 1

┌ Ihre Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

┐ Mein Zeichen: O/D

Betrifft: Firma P. Lindhorst, Ziegelhausen/b. Heidelberg.

Sehr geehrter Herr Doktor **Otto!**

Ich übersende Ihnen anliegend die Unterlagen in der Angelegenheit Martin Hölken G.m.b.H. Wuppertal und zwar:

1. Kopie meines Schreibens an diese Firma vom 9.2.52.
2. Das Antwortschreiben dieser Firma vom 13.2.52.
3. 1 Fotokopie der Kontokarte der Firma Lindhorst in Berlin, aus welcher hervorgeht, daß die Firma an Hölken nichts mehr zu zahlen hat.

Entsprechend unserer kurzen Unterhandlung in dieser Sache, bitte ich Sie, gegen die Firma Hölken entsprechend zu verfahren.

Mit besten Grüßen

Ihr

Anlagen

KARL FRIEDRICH OTT

WIDERSCHIED vom 19.1.1932

21 April 1932

Mr. H. O. + o
Rechtsanwalt

M. a. n. n. o. i. n
T. e. c. h. n. i. s. c. h. e. i. t. 1

Firma I. Lindemann, Maschinenbau, Wittenberg.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich überlasse Ihnen die Verantwortung in
der Angelegenheit der Firma I. Lindemann
und zwar:

1. Kopie meines Beschlusses an diese Firma vom 2.2.32.
2. Die Antwort auf den Brief der Firma vom 1.2.32.
3. 1 Foto der Konten der Firma Lindemann
in Berlin, aus denen hervorgeht, dass die
Firma an sich nichts mehr zu tun hat.

Entsprechend unserer letzten Unterredung in die-
ser Sache bitte ich Sie, gegen die Firma Lindemann
entsprechend zu verfahren.

Mit besten Grüßen

Dr.

Alfred



MARTIN HÖLKEN

G.M.
B.H.

Herrn

Karl Friedrich Ott

(17a) Heidelberg
Mannheimer Str. 2

16. FEB. 1952

Ihre Zeichen

O/S

Ihre Nachricht vom

9.2.52

Unser Zeichen

H

22a WUPPERTAL-OBERBARMEN

BOCKMÜHLE 87a

13. Februar 1952

Betr.: Firma P. Lindhorst G.m.b.H., Ziegelhausen.

Obige Firma schuldete uns aus der Zeit vor
Kriegsschluß den Betrag von

DM 4.681,70

für folgende Rechnungen:

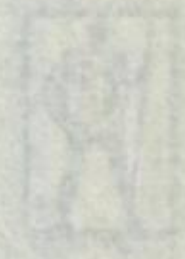
27.11.1944 Häkelgarn	DM 3.750,--
31.12.1944 Veredlungslöhne)	
für Zellwolle)	DM 931,70
	<u>DM 4.681,70</u>
	=====

Rechnungsunterlagen können wir Ihnen hierfür
nicht geben, da diese durch Bombenangriff bei
uns verbrannt sind.

Die Zahlung der angeführten Rechnungen erfolgte
am 21.11.1946 durch Vergütung der Reichsbank in
Höhe von DM 4.681,70.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu
haben.

Hochachtungsvoll
Martin Hölken G.m.b.H.



MARTIN HÖLKEN & CO.

Herrn

Karl Friedrich Ott

(173) Heideberg

Karlshof Str. 2

1. Februar 1952

H

9.2.52

O/S

Firma P. Landhorst & Co. G.m.b.H., Altona

Obige Firma schuldet uns aus der Zeit vor

DM 4.681,70

für folgende Rechnungen:

27.11.1944 Hakenbaum DM 3.750,--

31.12.1944 Veredlungslöhne)

DM 931,70) für Seilwolle

DM 4.681,70

Rechnungsunterlagen können wir Ihnen nicht
nicht geben, da diese durch Bombenangriff bei
uns verloren sind.

Die Zahlung der angeführten Rechnungen erfolgte
am 27.11.1944 durch Verfügung der Reichsbank in
Höhe von DM 4.681,70.

Wir hoffen, Ihnen die obigen Angaben genügen zu
haben.

Hochachtungsvoll

Martin Hölken & Co. G.m.b.H.

9.2.1952

Firma

Martin Hölken G.m.b.H.

Wuppertal-Oberbarmen

O/S

Firma P. Lindhorst G.m.b.H., Ziegelhausen.

Namens und im Auftrag meines obigen Mandanten bitte ich Sie, mir den Nachweis zu führen, daß aus der Zeit vor Kriegsschluß die Firma P. Lindhorst in Berlin an Sie noch einen Betrag schuldete. Herr Kurt Lindhorst hat Ihnen seinerzeit auf Ihre Anforderung hin RM 5 000.-- zugesandt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir einen Kontoauszug aus dem seinerzeitigen Konto übersenden würden, aus welchem die Schuld der Firma P. Lindhorst, Berlin an Sie hervorgeht.

Hochachtungsvoll!

Helfer in Steuersachen
Buchsachverständiger.

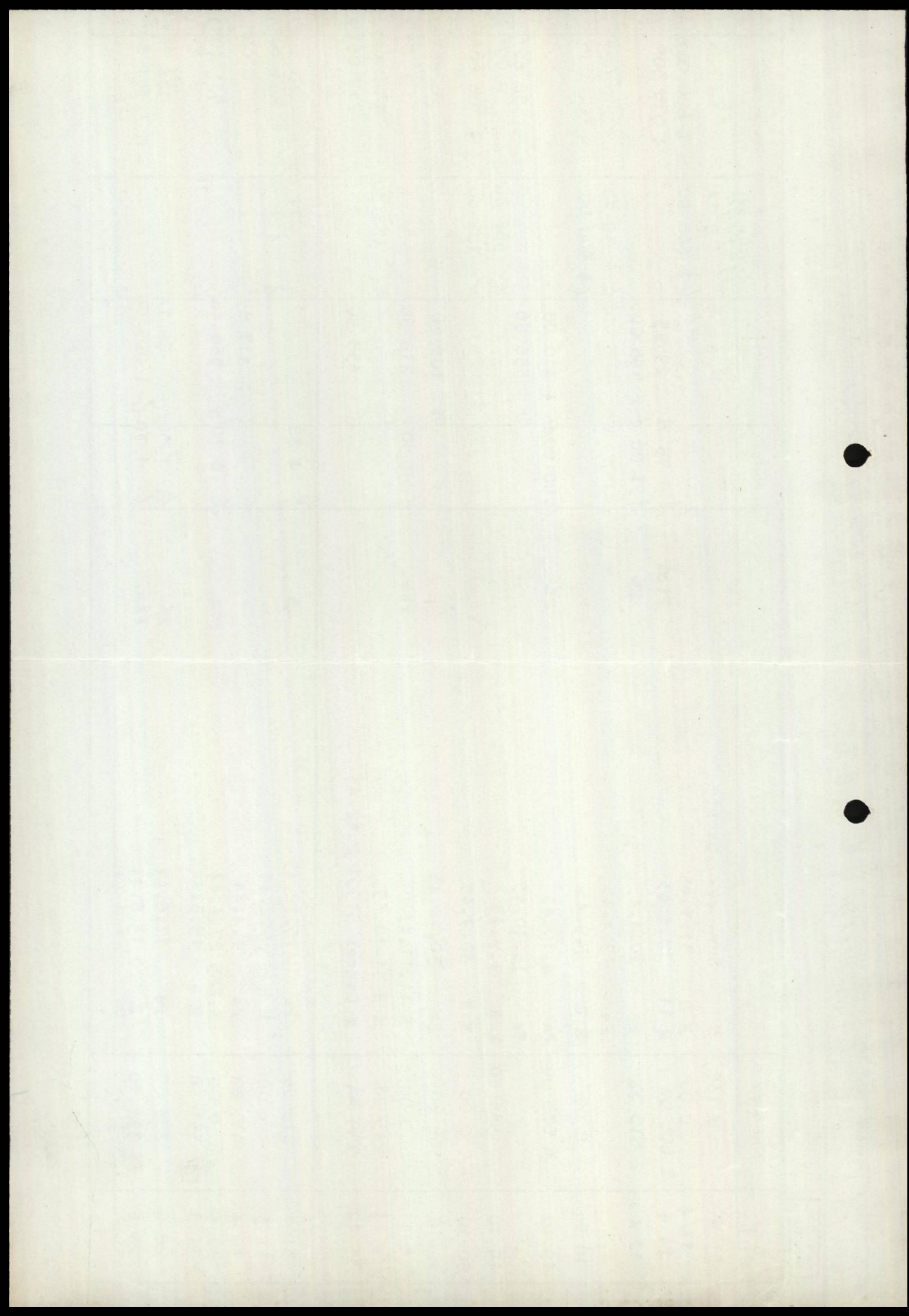


SEITE 16 ZEILE 5 KONTO Nr.

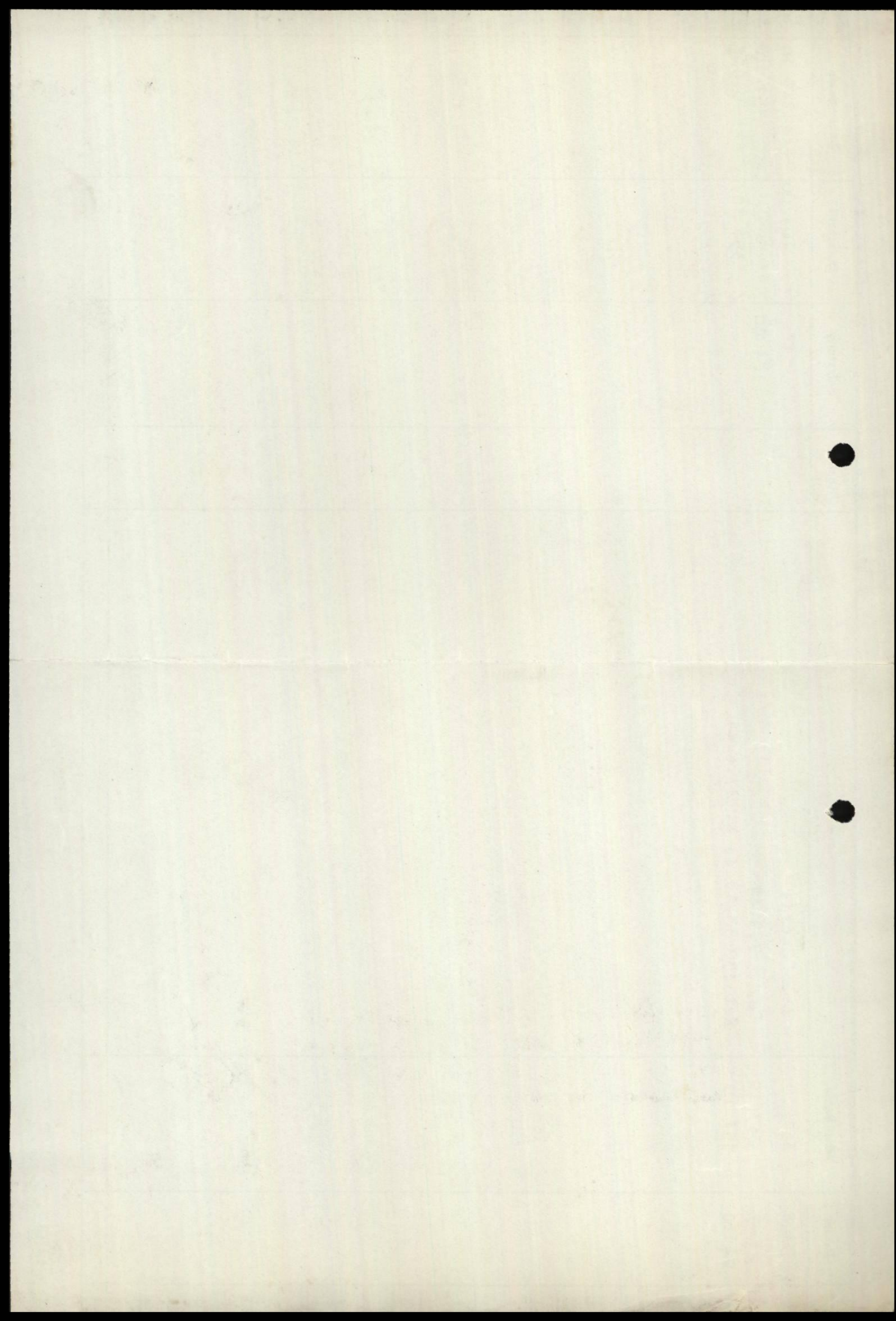
Martin Hölken & Co. Wuppertal-Oberbarmen

Karte Nr. 2

Datum	Alter Saldo		Abzüge	Belastung	Gutschrift	Neuer Saldo
1943					10-040.00	
31 3	8 14*	M Zuv. gek. Skonto			8 14	0 00*
14 4	0 00	E R 31.3.43			2 606 00	2 606 00*
14 4	2 606 00	R 11 13.4.43	Pto.	0 75	29 95	2 575 30*
30 4	2 575 30	Ps 30.4.43	2%	151 00	2 555 00	
		Ps 19.4.43			30 70	0 00*
18 9	0 00	E R 7.9.43			4 500 00	4 500 00*
19 10	4 500 00	Ps 8.10.43	2%	90 00	4 410 00	
		Ps 16.10.43			556 60	556 60*
19 10	556 60	M R 9.9.43			556 60	0 00*
30 10	0 00	M R 30.9.43			106 80	106 80*
30 10	106 80	Ps 30.10.43			106 80	0 00*
30 11	0 00	R 11.11.43	Pto.	0 50	218 56	219 06*
30 11	219 06	M R 31.10.43			438 50	219 44*
15 12	219 44	M Scheek 51901 2.12.43			438 50	219 06*
1944						
31 1	219 06	Ps 13.12.43	2%	4 38	214 68	0 00*
31 3	0 00	M R 29.2.44			417 80	417 80*
30 4	417 80	Ps 1.4.44			417 80	0 00*
30 4	0 00	R 285 27.4.44	Pto.	0 70	350 40	351 10*
31 5	351 10	E R 15.5.44			68 10	283 00*
28 6	283 00	Ps 17.6.44	2%	1 36	66 74	351 10*
28 6	351 10	R 120 15.6.44	Pto.	1 70	1 009 00	1 361 80*
31 8	1 361 80	Ps 7.8.44			1 010 70	751 10*



[illegible]



16/12.46

Kurt Lindhorst
(Angelegenheit Holken)

Ablage.

Lh.

1854

Wm. L. Garrison
(copy of his letter)

1854

14. November 1946

W.V. 14/12. v

Dr. O./U.

- 206 -

ab 14/11 Uh

An
Herrn Kurt V. Lindhorst
Heidelberg
Rohrbacherstr. 81

Ablage
14. XII. 46

Q

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

Ich habe Ihren Briefentwurf in der Sache H ö l k e n geprüft und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß der Vorbehalt, den Sie bei der Zahlung machen, sicher nichts schadet. Ob es Ihnen etwas nützen wird, ist eine andere Frage, die heute noch nicht endgültig beantwortet werden kann, da die kommenden gesetzlichen Regelungen nicht in allen Einzelheiten voraussetzen sind. Ich glaube aber, daß ein Vertragshilfungsverfahren auch nach geleisteter, wenn auch vorbehaltlicher Zahlung jedenfalls nicht mehr eingeleitet werden kann. Auch die in der Gerichtspraxis vertretene Idee, daß dem Schuldner unter bestimmten kriegsbedingten Umständen eine Berichtigung von Verbindlichkeiten, die vor dem 8. Mai 1946 entstanden sind, nicht zugemutet werden kann, beruht weitgehend auf Gedanken, die die Liquiditätsgesichtspunkte in den Vordergrund stellen. Die Rückforderung einer bereits erfolgten Zahlung kann aber aus diesem Rechtsgrund heraus nicht gefordert werden.

Nach allem komme ich zu der Schlußfolgerung, daß der Vorbehalt einer späteren gesetzlichen Regelung sich kaum irgendwie auswirken wird. Ich sehe auch keinen andern Weg den von Ihnen gewünschten Effekt herbeizuführen als eben das Festhalten an einer Zahlungsweigerung.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr

KURT V. LINDHORST

TEXTIL-ENGROS-EXPORT

HEIDELBERG, den 13.11.46

Rohrbacher Straße 81
Telefon 2656

KL./Ki.

14. Nov. 1946

Herrn
Dr. Dr. Heimerich,

H e i d e l b e r g .

Neuenheimerlandstr. 4.

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

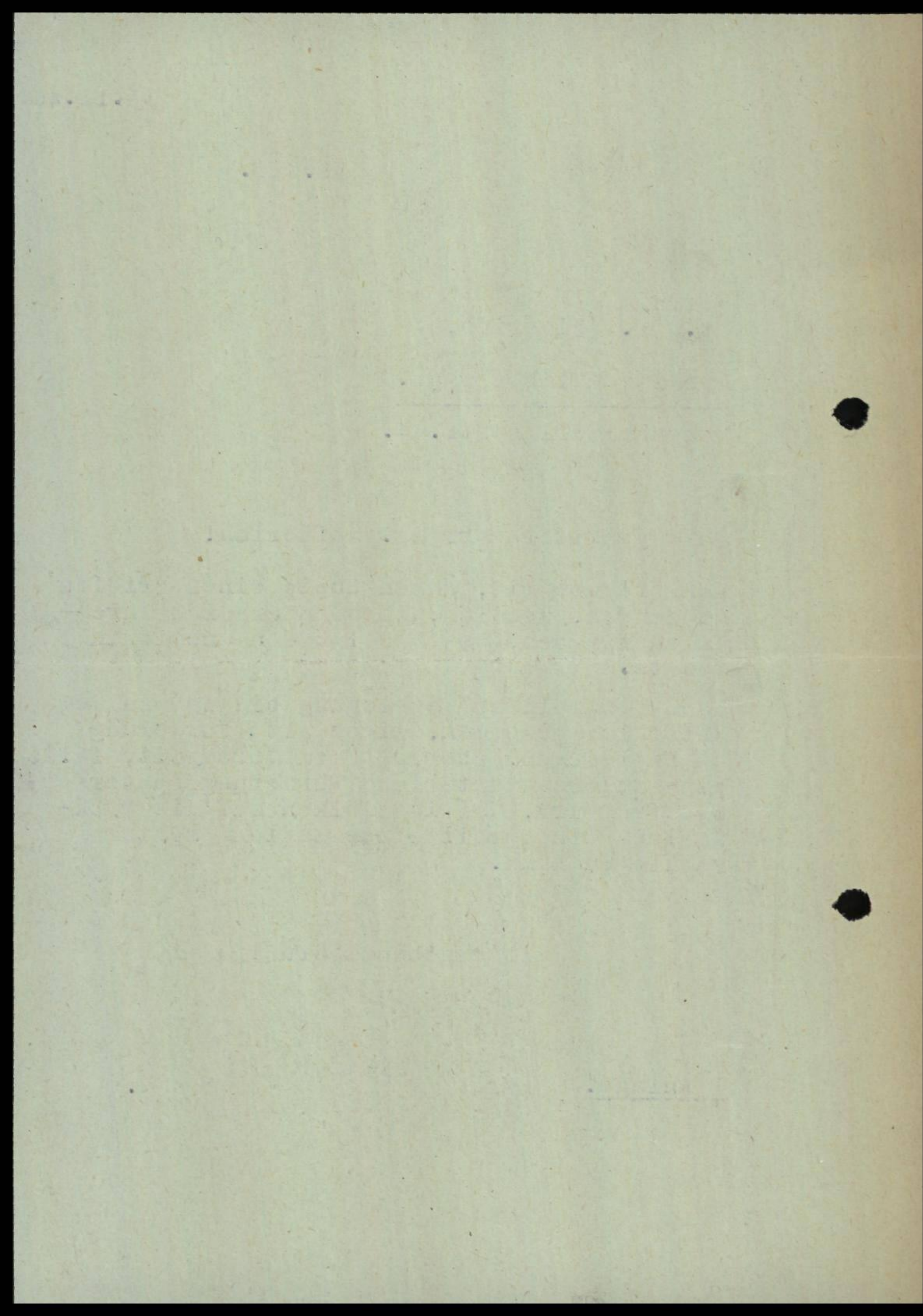
Ich erlaube mir, Ihnen Copie eines Briefes zu senden, den ich, nachdem Sie ihn durchgelesen haben, an H ö l k e n schicken möchte.

Nach nochmaliger Überlegung bin ich zu dem Entschluß gekommen, diese alte Forderung zu begleichen, aber mit dem Vorbehalt, falls eine andere gesetzliche Forderung später getroffen wird, daß ich Hölken auf die Rückzahlung eines Teiles der Zahlung später verklagen kann.

Mit ergebenem Gruß!

*Genügt mein
Vorbehalt?
1 Anlage.*

*Ks
Lindhorst*



13. November 1946

KL./K1.

Herrn
Dr. Martin Hölken,

(22) Wuppertal - Barmen.

Bockmühle 87 a.

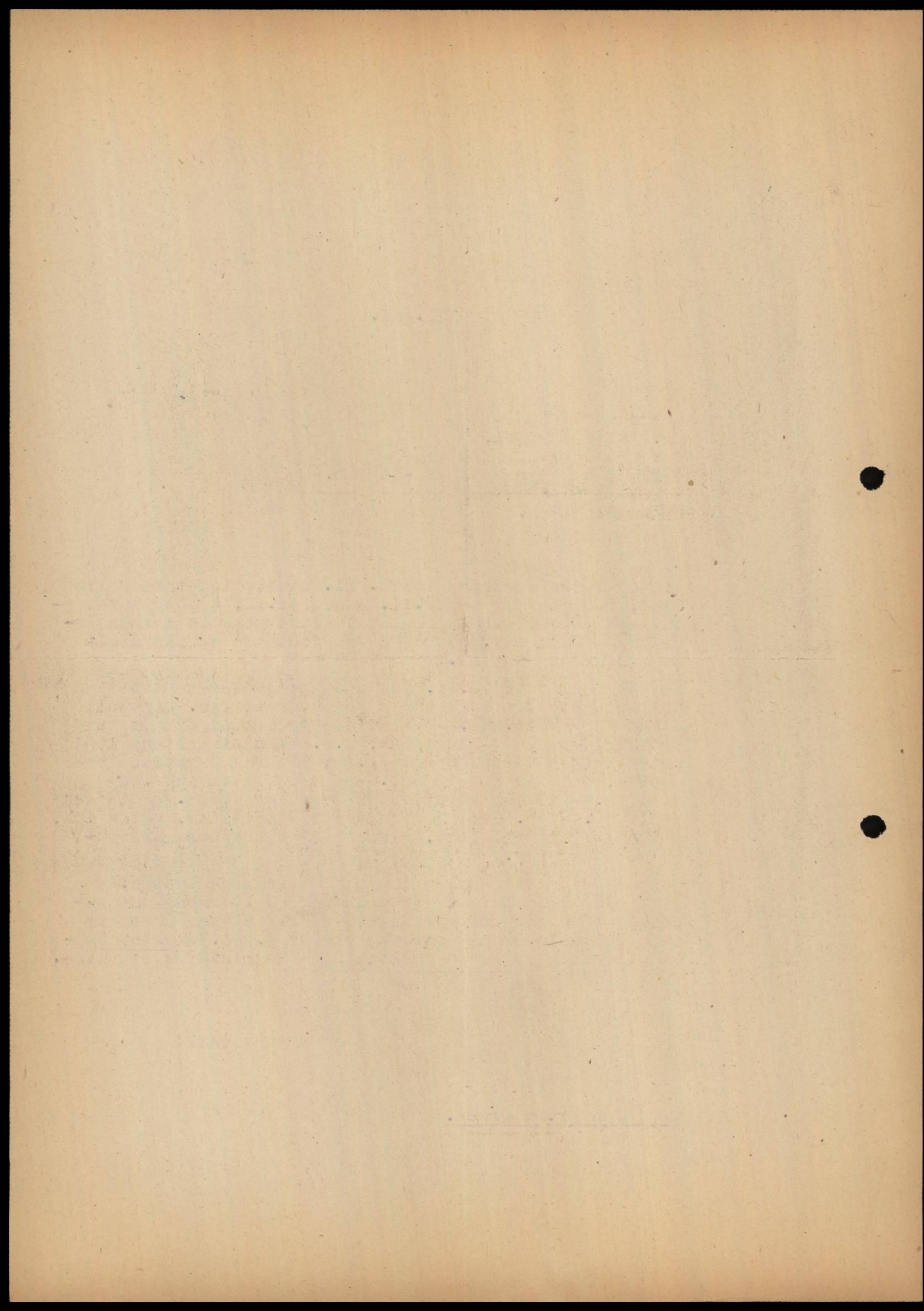
Anhand Ihres Auszuges vom 7. 11. stelle ich tatsächlich fest, daß Sie mir am 27.11.44 und 31.12.44 noch Ware geliefert haben, die anscheinend nicht mehr in meinen Besitz gekommen ist und auf Ihrem Konto in Berlin nicht mehr eingetragen ist.

Ihr Vorschlag vom 4.11. ist vollkommen unakzeptabel und ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen. Ich soll Ihnen für RM 10.000.-- meine punktpflichtige Ware zu Grossistenpreis fakturieren, d.h. also mindestens 10% unter meinen Verkaufspreisen. Dies würde praktisch bedeuten, daß Sie mir RM 681.-- gutschreiben und ich RM 1000.-- an den reduzierten Preisen zugebe. Da in den RM 10000.-- ca. 2000 m Ware verarbeitet sind, würde ich, da punktfrei geliefert, diese auch nicht mehr neu beschaffen können.

2.
Solche Geschäfte möchte ich auch alle Tage machen! Ich habe eine befreundete Firma in der englischen Zone gebeten wegen der Überweisungsschwierigkeiten Ihnen die noch offenstehende Forderung von RM 4.681.70 unter Vorbehalt einer späteren gesetzlichen Regelung zu bezahlen.

Hochachtungsvoll!

Copie an Dr. Heimrich.



Abschrift f.d.Akten 206

Heidelberg,

16.9.1946

W.V. 1/10. ✓
W.V. 107. ✓

Dr. Heimg G.C. Otto
Rechtsanwalt beim Landgericht
Heidelberg

Dr. O./De.

Herrn

Kurt Lindhorst

Heidelberg

Anlage 20

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

Ich habe am Samstag bei dem Registergericht vorgesprochen und die letzten Zweifelsfragen in bezug auf die Eintragung der Paul Lindhorst G.m.b.H. geklärt. Der Eintragung steht nun nichts mehr im Wege und sie wird im normalen Geschäftsgang in der nächsten Zeit erledigt werden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, wann Sie den Antrag Ihres Fräulein Tochter auf Namensänderung eingereicht haben, damit ich mich ggbf. einmal nach der Angelegenheit erkundigen kann.

Zu der Angelegenheit H ä l k e n mache ich Sie

803 10341.1.2 11.10.46

geheimlich

auf den Aufsatz in der Wirtschafts-Zeitung vom 23.8.1946, zweit-
letzte Seite, mit der Überschrift: "Alte Aussenstände in der
Ostzone;" aufmerksam. Aus dieser Notiz ergibt sich, dass das sei-
nerzeit veröffentlichte Urteil des Berliner Gerichts, über das
wir uns unterhalten haben, nicht ohne weiteres verallgemeinert
werden kann. Falls Sie nicht im Besitze dieser Nummer der Wirt-
schafts-Zeitung sind, werde ich Ihnen gerne eine Abschrift zur
Verfügung stellen,

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Dr. Otto

Rechtsanwalt

J. Alt, Ziedhorst
Stiller

Alte Außenstände in der Ostzone

Das in Nummer 9 der Wirtschafts Zeitung vom 5. Juli 1946 besprochene Urteil eines Berliner Gerichts (Amtsgericht Tempelhof), nach dem bei besonderer Lage des Schuldners eine Klage auf Bezahlung vor dem 8. Mai 1945 entstandener Schuldverbindlichkeiten als zur Zeit unbegründet erklärt wurde, kann nicht als der allgemein gültige Rechtsstandpunkt in der Ostzone bzw. in der Sonderzone Berlin angesehen werden. Die Berliner Gerichte geben im allgemeinen derartigen Klagen statt. Der Schuldner, der sich aus zeitbedingten Gründen in Zahlungsschwierigkeiten befindet, die eine Vollstreckung als unbillig erscheinen lassen, wird auf die verschiedenen Möglichkeiten der Vertragshilfe bzw. des Vollstreckungsschutzes verwiesen. Hiervon sind zu erwähnen:

1. Die Verordnung über die richterliche Vertragshilfe vom 30. November 1939 (RGBl. I S. 2229),
2. das Gesetz zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten vom 13. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1234),
3. Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des bürgerlichen Streitverfahrens, der Zwangsvollstreckung, des Konkurses usw. vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1656) Art. 6 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 8 der Verordnung über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung vom 31. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2139).

Auf Grund dieser Bestimmungen kann das Vollstreckungsgericht Zwangsvollstreckungen jeder Art ganz oder teilweise aufheben, untersagen oder einstweilen einstellen, wenn es der Auffassung ist, daß dies im Interesse des Schuldners dringend geboten ist und dem Gläubiger nach Lage der Verhältnisse zugemutet werden kann. Auf diesem Wege kann also dem Schuldner erforderlichenfalls ein Zahlungsaufschub usw. gewährt werden, ohne daß an der Existenz der Forderung und ihrer Klagbarkeit gerührt wird.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine kürzlich erlassene Verordnung der deutschen Zentralfinanzverwaltung und der deutschen Justizverwaltung in der Sowjetzone über die gerichtliche Regelung der Fälligkeit alter Schulden. Dadurch werden für die Behandlung der vor dem Zusammenbruch entstandenen Schulden klare Rechtsverhältnisse geschaffen und die Ungewißheit beseitigt, die bisher eine Bereinigung alter Schulden verhinderte.

Nach dieser Verordnung sind Zahlungsverbindlichkeiten, die vor dem 8. Mai 1945 entstanden sind, nicht etwa infolge des Zusammenbruchs erloschen. Die Gläubiger haben vielmehr das Recht, solche Schulden einzuziehen, wenn dem nicht — wie bei den alten Bankguthaben — eine besondere Regelung entgegensteht. Zur Berücksichtigung der Zahlungsschwierigkeiten, in die viele Schuldner durch die Zerstörungen des Krieges, die Kontensperre, die Nichtzahlung der Reichsschulden und andere Folgen des Zusammenbruchs geraten sind, kann dem Schuldner jedoch für alte Zahlungsverbindlichkeiten nach dem Maße seiner Leistungsfähigkeit Stundung bewilligt werden. Falls sich Schuldner und Gläubiger nicht gütlich einigen, kann der Schuldner die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Das Gericht kann Stundung oder Teilzahlung solchen Schuldnern gewähren, die sich in einer schweren wirtschaftlichen Notlage befinden und die keine Mittel zur Bezahlung ihrer Schulden haben, ferner solchen Unternehmen, die sich in Betrieb befinden und durch die fristgemäße Bezahlung ihrer Schulden genötigt würden, wegen Fehlens von Mitteln den Betrieb ihres Unternehmens einzustellen. Die Verordnung gilt in der gesamten Sowjetzone mit Ausnahme der Stadt Berlin.

Dr. H. K.

14. August 1946

Wv, 10.9.1
37.9.

Wv,

Dr. O./K.

Herrn

Kurt V. Lindhorst

Heidelberg

Anlage 20

7.9.46.

Komp. mit Wert 27
für Zahlung 50% v. d.
Zinsen, aber nicht mehr
Wert mit Hölken beifügen

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

Lh

In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift unseres Schreibens an die Firma Martin Hölken mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Auf die Beantwortung der dritten Frage kommt es allerdings nicht entscheidend an, da die Vereinbarung des Erfüllungsortes den Ort der Geldleistung nicht berührt. Auch wenn als Erfüllungsort Berlin vereinbart war, so muß die Firma Hölken eine etwa von Ihnen geleistete Zahlung erst dann gegen sich gelten lassen, wenn diese ihr tatsächlich gutgeschrieben worden ist. Ich habe diese dritte Frage aber trotzdem gestellt, weil ihre Beantwortung vielleicht in anderer Hinsicht von Interesse sein könnte.

In der Anlage übersende ich Ihnen noch einen Auszug aus den uns zugehenden Mitteilungen des Ausschusses zonenmäßig getrennter Betriebe vom 8. August 1946, der in gewisser Hinsicht das Gegenstück zu dem von Ihnen im Schreiben vom 1. August 1946 angezogenen Aufsatzes in Nr. 40 des Nachrichtendienstes der Industrie- und Handelskammer Mannheim über "Alte Außenstände in der Ostzone" darstellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

1. August 1940

1

Herrn

Herrn V. Lohse

Postfach 100

Frankfurt

Sehr geehrter Herr Lohse:

Ihre Briefe vom 2. und 3. August sind mir gekommen.

Ich habe sie sehr dankbar entgegengenommen und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

an mich wenden und mich über Ihre Pläne informieren.

Ich habe Sie sehr interessiert und freue mich, dass Sie sich

14. August 1946

Dr.O./K.

Firma

Martin H ö l k e n G. m. b. H.

Wuppertal - Oberbarmen

Bockmühle 87 A

Betr. : Ihre Forderung gegen die Firma P. Lindhorst, Berlin.

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 7. August 1946 teile ich Ihnen noch mit, daß Herr Lindhorst die nochmalige Bezahlung, der von Ihnen geltend gemachten Forderung in Höhe von 50 % noch davon abhängig macht

1. daß Sie den Nachweis führen, daß die in Rechnung gestellte Ware tatsächlich an die Firma P. Lindhorst abgegangen ist,
2. daß Sie eidesstattlich versichern, daß die Ware nach Ihren Büchern noch nicht bezahlt worden ist,
3. daß Sie nachweisen, daß die Bestellung der in Rechnung gestellten Waren ausdrücklich mit Erfüllungsort Wuppertal-Oberbarmen bestätigt wurde.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Anwaltsassessor

Dr. C. V. A.

1911

Letter to the Hon. Sec. of the Interior

Washington, D. C.

Dear Sir:

I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 11th inst.

in relation to the proposed extension of the National Forest.

I have also the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 12th inst.

in relation to the proposed extension of the National Forest.

I am, Sir, very respectfully,

Sincerely yours,

Charles V. Anderson

Chief of the Bureau of Land Management

Department of the Interior

Washington, D. C.

Very truly yours,

Charles V. Anderson

Enclosed for the Bureau

Very truly yours,

KURT V. LINDHORST

HEIDELBERG, den 10. August 1946
Anlage 20
Telefon 2656

12. Aug. 1946

Herrn
Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4
z. H. v. Herrn Dr. Otto

Handwritten signature/initials

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich !

In der Angelegenheit Martin H ö l k e n möchte ich Sie noch bitten, folgende Nachschrift zu machen.

1. verlange ich, dass die Firma Hölken mir nachweist, durch Post oder Versandtavis, wann die Ware an mich abgegangen ist.
2. durch eidestattliche Versicherung, dass die Ware nach Ihren Büchern noch nicht bezahlt ist.
3. nachweist, dass mir dieser Posten ausdrücklich beim Kauf mit Erfüllungsort Wuppertal-Oberbarmen bestätigt wurde.

Ich möchte zu Punkt 3 bemerken, dass auf den von meiner Firma benutzen Bestellungsformularen, welche wir bei dem jeweiligen Abschluss einer Bestellung an unsere Lieferanten schickten, gedruckt stand: Erfüllungsort für beide Teile, Berlin.

Falls Herr Hölken diese Bestätigung seinerzeit anerkannt hat, kann er jetzt nicht verlangen, dass für diesen Posten der Erfüllungsort Wuppertal- Oberbarmen sein soll.

Die Erfüllung dieser drei Fragen verlange ich, bevor ich die 50 % seiner Forderung zum zweiten Mal bezahle.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Kurt V. Lindhorst

Handwritten signature: Kurt V. Lindhorst

1. August 1918

1. 1. 1918
2. 1. 1918
3. 1. 1918
4. 1. 1918
5. 1. 1918
6. 1. 1918
7. 1. 1918
8. 1. 1918
9. 1. 1918
10. 1. 1918

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu schreiben, dass ich die von Ihnen am 1. d. M. erhaltene Karte erhalten habe. Ich danke Ihnen sehr für die Mitteilung und werde die Angelegenheit in Betracht ziehen. Ich werde Sie in Kürze über das Ergebnis informieren.

Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. ...

Die vorstehende Bescheinigung ist aus dem Archiv der ...

Herrn

Dr.Dr.h.c. Hermann Heimerich
z.H.v. Herrn Dr. Otto

H e i d e l b e r g

Neuenheimer Landstr. 4

P. Lindhorst, Heidelberg

Rohrbacher Str. 81

Ausschuß zonenmäßig getrennter
Betriebe
Geschäftsstelle: Dr. W. Beuck

Hamburg 1, den 8. August 1946
Chilehaus B II
Tel. 32 28 62

Zum Ostschuldner-Problem.

Auf Wunsch vieler Bezieher unseres Rundschreiben geben wir folgendes über den Stand des "Gläubiger- und Schuldner-Problems aus Verlagerung, mit besonderer Berücksichtigung von Verbindlichkeiten der Ostzone" bekannt:

Der Ausschuß hat dieses Problem mit seiner den Rundschreiben-Beziehern bekannten umfangreichen Vorlage III (Rdschr. v. 22.2.46) angeschnitten und Lösung auf dem in der Vorlage gezeigten Wege zur Erörterung gestellt. Der Ausschuß hat alle Handelskammern der britischen Zone um gleichgerichtete Bemühungen ersucht. Die Hoffnung, diese Fragen durch Erweiterung der Aussetzungsverordnung vom 4.2.1946 wenigstens vorläufig so zu regeln, dass auch die Ostverbindlichkeiten dem Klagestop unterfallen, hat sich nicht erfüllt, jedenfalls noch nicht aus Anlass der Verlängerung des Stoptermins auf den 31.12.46 (Rdschr. v. 15.7.46). Diese Erweiterung ist aber nicht deshalb unterblieben, weil der Ausschußvorschlag grundsätzlich abgelehnt wurde, sondern nur deswegen, weil die rechtlichen Voraussetzungen einer solchen Erweiterung und die verwaltungsmässige Durchführbarkeit noch nicht hinreichend geklärt erscheint. Dem Vernehmen nach steht jedoch die von uns angestrebte Regelung noch immer zur Erwägung, so dass zwar noch keine positive Klarheit geschaffen ist, andererseits aber auch keineswegs gesagt werden kann, dass unsere Anregung ohne Erfolg sein wird, dass also eine Verordnungsregelung nicht zu erwarten sei.

Die Klärung der Frage ist insbesondere deshalb schwierig, weil für Ostschulden nicht - wie für Forderungen aus mittelbaren und unmittelbaren Reichslieferungen gemäss Aussetzungsverordnung - schlechthin ein Zahlungstoff angeordnet werden kann, denn es wird fallweise zu prüfen sein, inwieweit dem Schuldner ein Moratorium, ein Teilerlass oder gar völlige Befreiung gewährt werden kann; z.B. käme natürlich eine Freistellung dann und insoweit nicht infrage, als der Schuldner bereits Werte in die britische Zone verbringen konnte. Überhaupt müssen die Interessen auch der Gläubiger in gerechter Weise berücksichtigt werden.

Bis zur erhofften Verordnungsregelung bleibt daher dem Gläubiger der übliche Klageweg und dem Schuldner nur die Inanspruchnahme der Vertragshilfeverordnung, um eine wenigstens vorläufige Aussetzung der Vollstreckung zu erreichen, sofern das vom Gläubiger angerufene Gericht zu einer Schuldnerverurteilung gelangt sein sollte. Eine dahingehende einheitliche Rechtssprechung liegt jedoch nicht vor; als dem Schuldner günstig ist in der brit. Zone bisher nur das im Rdschr. vom 4.5.46 genannte Urteil des Landgerichts Itzehoe bekanntgeworden.

Das mit Rdschr. vom 18.5.46 bekanntgegebene Urteil Tempelhof ist als Urt. eines Amtsgerichts ohnehin nicht von Bedeutung und übrigens im Bereich der Ostzone, d.h. für dort geführte Klagen, bereits überholt;

Über die Regelung der Schulden vor dem 8.5.1945 im russ. Besatzungsgebiet haben nämlich Zentralfinanzverwaltung und Justizverwaltung des russ. Besatzungsgebietes eine Verordnung erlassen, nach welcher diese Schulden nicht als Erlöschen gelten und den Gläubigern das Einziehungsrecht zusteht. Infolge der Kriegsverluste, der Kontensperre und der

Nichtzahlung von Reichsschulden kann der Schuldner in Zahlungsschwierigkeiten geraten sein und deshalb gibt die Verordnung die Möglichkeit eines Ausgleichs im Sinne der Vertragshilfeverordnung. Diese Verordnung gilt für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Land und Provinz Sachsen und Thüringen, nicht aber für Berlin. Es kann nicht festgestellt werden, welche Bedeutung diese gebietsmässige Einschränkung hat.

Auf jeden Fall ist mit dieser russisch-zonalen Anordnung das Problem für die Westzonen noch nicht geregelt.

7. Aug. 1946

Firma

Dr.O./Kr.

Martin H ö l k e n G.m.b.H.

Wuppertal - Oberbarmen

Bockmühle 87 A

Betr.: Ihre Forderung gegen die Firma P. L i n d -
h o r s t , Berlin.

Herr Kurt L i n d h o r s t , der Alleininhaber der obengenannten Firma, hat mir die Wahrnehmung seiner Interessen Ihnen gegenüber übertragen. Namens und im Auftrage meines Mandanten übersende ich Ihnen zunächst in der Anlage einen Auszug aus der Buchhaltung der Firma P. Lindhorst, aus dem sich ergibt, dass Sie kein Guthaben mehr bei der Firma P. Lindhorst besitzen. Der Buchhalter der Firma P. Lindhorst ist bereit, an Eidesstatt zu versichern, dass sich in der Buchhaltung bei seinem Weggang aus Berlin im April 1945 keine offenen Posten mehr befanden.

Es kann möglich sein, dass die eine oder andere Zahlung wegen der Schwierigkeiten der Postbeförderung nicht mehr bei Ihnen eingegangen ist. Ich bitte Sie, aber in Erwägung zu ziehen, ob es mit den Grundsätzen einer vernünftigen Geschäftsgebarung und einer loyalen Zusammenarbeit mit seinen Geschäftsfreunden entspricht, Forderungen, die offensichtlich bereits bezahlt sind, ein zweites Mal einzutreiben. Mein Mandant hat Ihnen verschiedene, sehr entgegenkommende Vorschläge gemacht, auf die Sie glaubten nicht eingehen zu können. Er macht Ihnen diesmal noch einen letzten Vorschlag dahin, dass er von dem Gesamtbetrag der von Ihnen geltend gemachten Forderung in Höhe von RM 4.681,70 die Hälfte dieses Betrages ein zweites Mal zahlt, wenn Sie auf die andere Hälfte endgültig verzichten. Sollten Sie auf diesen oder einen früheren Vorschlag des Herrn Lindhorst nicht eingehen, so muss Ihnen anheim gestellt werden, den Klageweg zu beschreiten. Ob eine solche

b.w.

Klage erfolgversprechend ist, möchte ich allerdings bezweifeln.
In unserer heutigen Wirtschaftspresse werden ja häufig genug
richterliche Urteile veröffentlicht, aus denen sich ergibt,
dass die Durchsetzung solcher Forderungen gegen die Grundsätze
von Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte
(BGB) verstößt.

Ich bitte um Ihre Stellungnahme zu dem obigen Antrag.
Hochachtungsvoll!

Hochachtungsvoll!
Herr Kurt Lindhorst, der Alleinhaber
der obgenannten Firma, hat mir die Wahrnehmung seiner
Interessen Ihnen gegenüber übertragen. Namens und im Auf-
trag meines Mandanten übersende ich Ihnen nachstehend in der
Anlage einen Auszug aus der Buchhaltung der Firma F. Lind-
horst, aus dem sich ergibt, dass die kein Guthaben mehr
bei der Firma F. Lindhorst besitzen. Der Buchhalter der
Firma F. Lindhorst ist bereit, an Eidstatt zu versichern,
dass sich in der Buchhaltung bei seinem Weggang aus Berlin
im April 1945 keine offenen Posten mehr befanden.

Anlage

206

P. Lindhorst

KINDER- UND JUNGMÄDCHEN - BEKLEIDUNG / ENGROS - EXPORT

HEIDELBERG, DEN 1. August 1946
ANLAGE 20
TELEFON 2656

6. Aug. 1946

Herrn
Dr. Dr. h. c. Heimerich
Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich !

Es ist mir gelungen aus Berlin die Abschrift des Kontos Martin Hölken, Wuppertal, zu bekommen, wovon ich Ihnen eine Abschrift beifüge.

Danach hätte Hölken überhaupt nichts mehr zu beanspruchen. Ich würde Hölken bitte, dazu erst mal Stellung zu nehmen.

Ausserdem verweise ich auf den Nachrichtendienst der Industrie und Handelskammer Mannheim. Nr. 40 vom 20. Juli 1946, Aufsatz Nr. 735 über

" Alte Aussenstände in der Ostzone. "

Danach hat ein berliner Gericht eine Klage auf Bezahlung alter Schulden abgewiesen. Falls Sie diese Zeitschrift nicht halten sollten, bringe ich sie bei meinem nächsten Besuch, welchen ich, wenn möglich am Sonnabend vormittags machen möchte, mit.

Auf der gegenüberliegenden Seite steht in einem anderen Aufsatz über Schadensersatzforderung aus der Zeit vor der Besetzung in Absatz 1 c folgendes.

" Ist die Haftpflicht der Reichsbahn festzustellen, so erkennt diese den Entschädigungsanspruch an. Eine Entschädigung kann aber zur Zeit nicht gezahlt werden, da das Vermögen der Deutschen Reichsbahn beschlagnahmt ist, usw. "

M.E. müsste von den Juristen immer wieder darauf hingewiesen werden, dass es in einem demokratischen Staat nicht zweierlei Rechtsprechung geben kann. Auf der einen Seite lehnen

die staatlichen Gesellschaften alle Entschädigungen vor der Zeit der Besatzung ab, dagegen verlangt man von dem Privatmann, der womöglich alles verloren hat, dass er seinen alten Zahlungsverpflichtungen nachkommt.

Derartige Handhabung des Rechtes widerspricht meiner Meinung nach den Grundsätzen von Treu und Glauben; wenn man von einem Privatschuldner, dem die Einziehung seiner eigenen Forderungen durch die Sperrung der Konten und durch die Einstellung der Zahlungen von seitens des Reiches unmöglich gemacht wird, verlangt, dass er seinen Verpflichtungen aus der Zeit vor der Besatzung nachkommt. Es müsste endlich von der Regierung angestrebt werden, eine Lösung der Schuldnerfrage, ohne grosse Unbilligkeiten, zu finden.

Jedenfalls wird das Urteil des Berliner Gerichtes für die Bewertung solcher alten Forderungen gegen Schuldner aus der russischen Zone, und dort lag ja schliesslich der Sitz meiner Firma, von erheblicher Bedeutung sein.

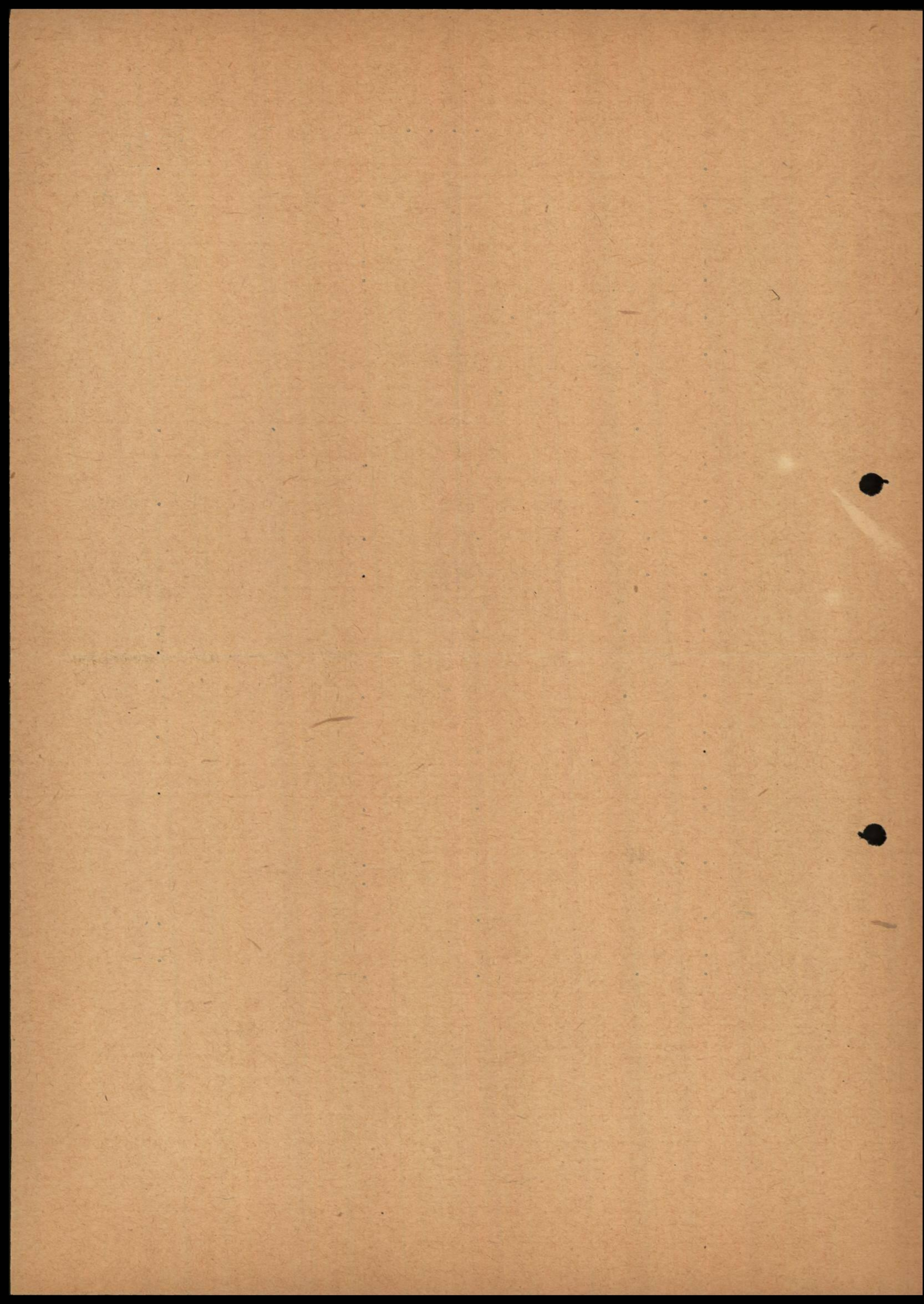
Mit vorzüglicher Hochachtung !

Winthorst.

Es würde mich am Sonnabend interessieren, wie weit die Angelegenheit meines G.m.b.H. Vertrages ist.

Konto Martin Hölken G.m.b.H. Wuppertal-Oberbarmen
Belastung Gutschrift
 31. März 1943 RM 2606.--

13. April	Retoure	29.95	
	Porto	75	
	Postscheck		
		25 55.--	
30. April	2%	51.--	
19. "	Postsch.		30.70
7. Sept. 1943			4500.--
8. Oktober	Postsch.	4410.--	
	2%	90.--	
8. Sept. 1943			556.60
16. Okt, 1943	Postsch.	556.60	
30. Sept. 1943			106.80
30. Okt.	Postsch.	106.80	
11. Nov. 1943	Retoure	218.56	
	Porto	50	
13. Dezbr.	Postsch.		214.68
			2 % 4.38
31. Oktober			438.50
2. Dezbr.	Scheck	438.50	
29. Febr. 1944			417.80
1. April	Postsch.	417.80	
15. Mai 1944			68.10
17. Juni	Postsch.	66.74	
	2%	1.36	
15.6.1944	Retoure	1009.--	
	Porto	1.70	
7. August	Postsch.		1010.70
22. April 1944			104.--
7. Sept. 44	Postsch.	104.--	



31. Juli 1946

206

Herrn
Kurt Lindhorst

Dr.O./Fo.

Heidelberg
Anlage 20.

Betr.: Martin Hölken GmbH., Wuppertal.

Sehr geehrter Herr Lindhorst !

Die Textilveredlung Wuppertal schreibt uns
unter dem 24.7.46 folgendes:

" Wir beziehen uns auf unser Schreiben vom
27.6.46 und bitten um baldgefl. Erledigung
desselben."

Ich glaube wir werden gegenüber der Textil-
veredlung in nächster Zeit irgendwelche Stellung
nehmen müssen, und ich bitte um Ihre gefl. Rückäu-
serung.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Anwaltsassessor.

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

REICHSVEREINIGUNG TEXTILVEREDLUNG

AUSSENSTELLE WUPPERTAL

30. Juli 1946

Herrn

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
(17a) Heidelberg

Neuenheimer Landstraße 4

② WUPPERTAL-BARMEN
~~KÖNIGSTRASSE~~ STRASSE 273

Haspeler

Fernsprecher: Wuppertal Nr. 5 35 61/62

Tel.-Adr.: Reichsveredlung Wuppertal

Postscheck-Konto: Amt Erfurt Nr. 455 46

Bank-Konto:

Dresdner Bank, Wuppertal-Elberfeld

Konto Nr. 3876

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens:

Dr. O/Di. 6.6.1946

Geschäftszeichen und Tag dieses Schreibens:

G/P. 24. Juli 1946
(bitte bei Antwort angeben)

Schrift: Martin Hölken GmbH / Paul Lindhorst, Heidelberg.

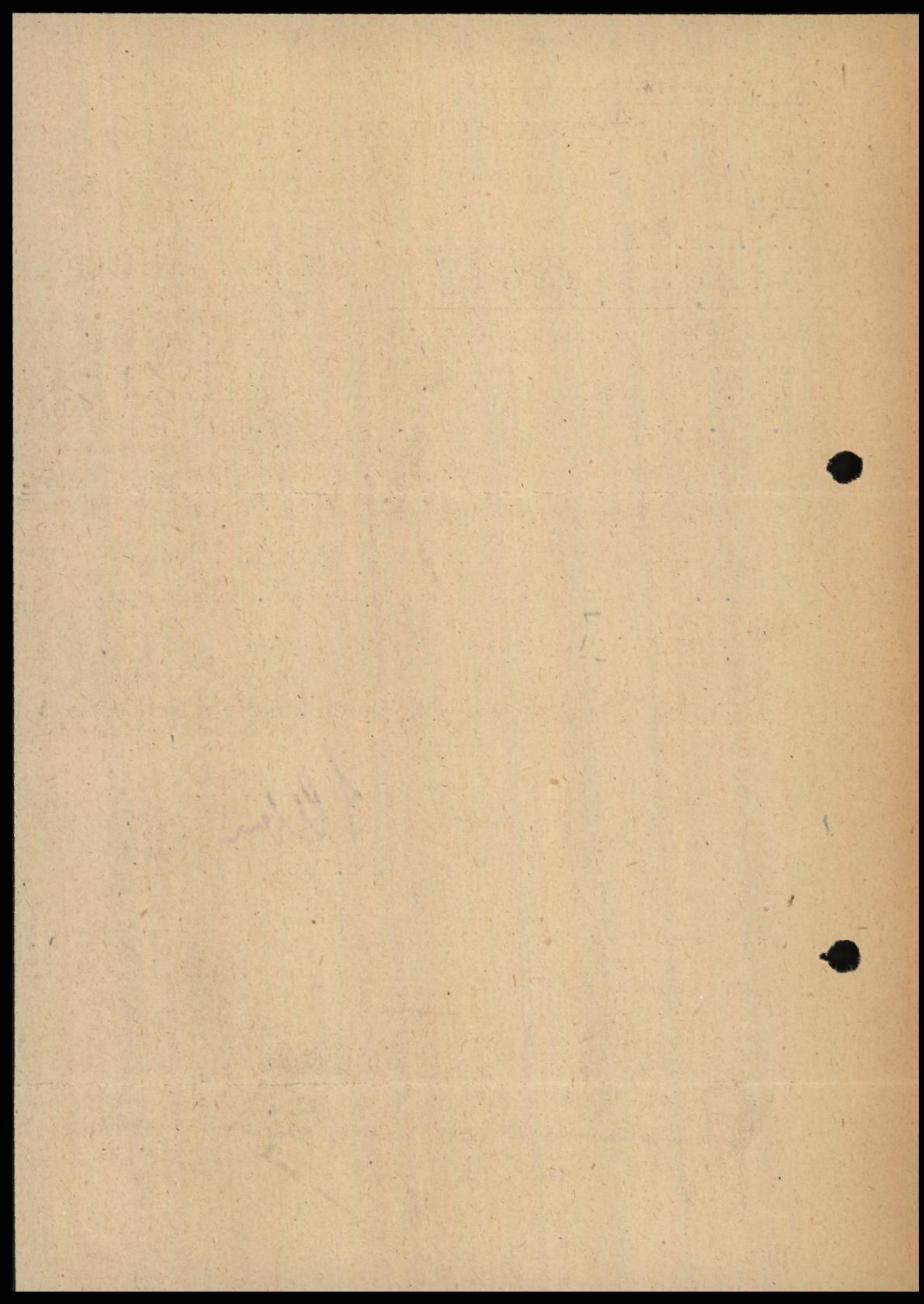
[Wir beziehen uns auf unser Schreiben vom
27.6.1946 und bitten um baldgefl. Erledigung
desselben.]

Hochachtungsvoll

Textilveredlung Wuppertal

Sabin

Dr. Sabin



Der Wirtschafts-Zeitung vom 5.7.1946 entnehmen wir folgenden Bericht
über die Behandlung alter Außenstände in der Ostzone :

" Ein Berliner Gericht hat kürzlich eine Klage auf Bezahlung alter Schulden abgewiesen, und zwar als zur Zeit unbegründet. In der Begründung des Urteils wird der Bestand der alten Forderungen zwar bejaht, da eine entgegenstehende gesetzliche Bestimmung der Militärregierung oder der zuständigen deutschen Behörden nicht ergangen ist, andererseits wird aber ausgesprochen, dass die Frage, ob die alsbaldige Zahlung dieser Schulden schon jetzt verlangt werden könne, nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der gesamten Umstände auf Seiten beider Parteien entschieden werden könne. Die Ereignisse, die das gesamte Leben des Volkes und das Schicksal der Wirtschaft so schwer getroffen haben, müssten auch in ihren Auswirkungen auf die privaten Rechtsbeziehungen der einzelnen berücksichtigt werden. Die Erfüllung aller Schuldverhältnisse unterliege gemäss § 242 BGB den Grundsätzen von Treu und Glauben. Diesen Grundsätzen würde es aber widersprechen, wenn man von einem Schuldner, dem die Einziehung seiner eigenen Forderungen durch die Sperrung der Konten und die Einstellung der Zahlungen seitens des Reiches unmöglich gemacht oder dem infolge von Kriegeschäden und Beschlagnahmen die Fortführung seines Betriebes nur beschränkt möglich sei, die uneingeschränkte Erfüllung seiner Schuld verlangen wollte.

Nach dem Kriege 1914/18 sei die Rechtsprechung schliesslich beider fortschreitenden Inflation von dem Grundsatz "Mark gleich Mark" abgegangen, um Unbilligkeiten zu vermeiden und einer weiteren Untergrabung der Wirtschaftsordnung vorzubeugen. Unter den heutigen noch einschneidenderen Auswirkungen des letzten Krieges müsse die Rechtsprechung ebenfalls von dem starren Grundsatz der unbedingten und uneingeschränkten Erfüllung aller Verträge abgehen und im Einzelfalle Abänderungen zulassen. Aus diesem Grunde sei zur Ermöglichung des Wiederaufbaus des Schuldnerbetriebes eine solche Klage so lange unbegründet, bis nach einer weiteren Klärung der allgemeinen und der besonderen Wirtschaftslage des Schuldners die Lösung dieses Schuldenproblems ohne grosse Unbilligkeiten und weitere Gefährdung wirtschaftlicher Werte möglich sei.- In dem diesem Urteil zugrunde liegenden Falle besass der Schuldner nur Forderungen gegen das Reich, auf die Zahlungen nicht mehr erfolgten. Seine Bankkonten waren gesperrt und wesentliche Barmittel nicht vorhanden. Die Einnahmen des nur in beschränktem Umfange und ohne Gewinn arbeitenden Betriebes reichten nur zur Deckung derlaufenden Unkosten. Die alten Verbindlichkeiten betrugen dagegen mehrere Millionen Reichsmark.

Dieses Urteil eines Berliner Amtsgerichts dürfte für die Bewertung solcher alten Forderungen gegen Schuldner in der russisch besetzten Zone und darüber hinaus für die juristische Behandlung aller Altforderungen gegen Rüstungsbetriebe von erheblicher Bedeutung sein."

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

Wv. 2.8.46 ✓
Wv. 1672 ✓

15.8. ✓

7. Juli 1946

Dr. O./De.

Herrn

Kurt Lindhorst

Heidelberg

Anlage 20

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

In der Angelegenheit H ö l k e n habe ich lange nichts mehr von Ihnen gehört und würde mich dafür interessieren, ob Sie mittlerweile über die Verwertbarkeit Ihrer in der Ostzone domizilierten Forderungen in Erfahrung gebracht haben.

Inzwischen hat sich die Textil-Veredelung Wuppertal erneut gemeldet und ihr Schreiben vom 31.5.1946 in Erinnerung gebracht. Gleichzeitig meldet sie eine weitere Forderung an Ihre Firma vom 27.11.1944 im Betrage von RM 3.750.-- an, die ebenfalls von der Firma Wölken auf

sie zediert worden sei.

Es würde also erforderlich sein, dass wir in nächster Zeit gegenüber der Textil Veredelung Stellung nehmen. Ich bitte deshalb um Ihre baldige Information.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anwaltsassessor

REICHSVEREINIGUNG TEXTILVEREDLUNG

AUSSENSTELLE WUPPERTAL

2. Juli 1946

Herrn

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich,
(17a) Heidelberg.

Neuenheimer Landstrasse 4

② WUPPERTAL-BARMEN

~~ADOLF-HITLER~~-STRASSE 273

Haspeler-

Fernsprecher: Wuppertal Nr. 5 35 61/62

Tel.-Adr.: Reichsveredlung Wuppertal

Postscheck-Konto: Amt Erfurt Nr. 455 46

Bank-Konto:

Dresdner Bank, Wuppertal-Elberfeld

Konto Nr. 3876

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens:

Dr. O./Di. 6.6.46

Geschäftszeichen und Tag dieses Schreibens:

G/Fz. 27.6.1946
(bitte bei Antwort angeben)

Betrifft: Martin Hölken GmbH/Paul Lindhorst, Heidelberg.

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens und bitten nunmehr um gefl. Überweisung des Rechnungsbetrages von RM. 931,70.

Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, dass die Firma Martin Hölken GmbH. eine weitere Forderung an die Firma Lindhorst vom 27.11.1944 im Betrage von RM. 3.750.- hat. Die Firma Hölken hat uns sowohl diese Forderung, als auch den Betrag von RM. 931,70 zum Zwecke der Einziehung abgetreten. Wir wiederholen daher unsere Bitte um Überweisung auch wegen der letztgenannten Forderung von RM. 3.750.-.

Hochachtungsvoll
Textilveredlung Wuppertal

Sabin
Dr. Sabin

3.750.-
931,70

4.681,70

21st JUL 5

W.V. 1946

6. Juni 1946.

An die

Dr.O./Di.

Textilveredlung Wuppertal

Wuppertal

Haspelerstr. 273

Betr.: Martin Hölken G.m.b.H.

Die Firma P. Lindhorst, Heidelberg, deren ständiger Berater wir sind, hat uns Ihren Kontauszug vom 31.5.1946 über eine Forderung der oben genannten Firma in Höhe von RM 931.70 zur Bearbeitung übergeben.

Einstweilen teile ich Ihnen mit, dass die Firma Lindhorst zur Zeit damit befasst ist, ihre Buchhaltung neu aufzustellen, um ihre offenen Forderungen in der russischen Zone festzustellen. Aus diesem Grunde ist die Firma noch nicht in der Lage, zu Ihrem Kontauszug Stellung zu nehmen. Ich werde in nächster Zeit auf Ihr Schreiben zurückkommen und bitte Sie, sich bis dahin zu gedulden.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Anwaltsassessor.

1271.14

P. Lindhorst

KINDER- UND JUNGMAEDCHEN - BEKLEIDUNG / ENGROS - EXPORT

5. Juni 1946

HEIDELBERG, DEN 4. Juni 1946

ANLAGE 20

TELEFON 2656

Herrn

Dr. Dr. H.c. Hermann Heimrich

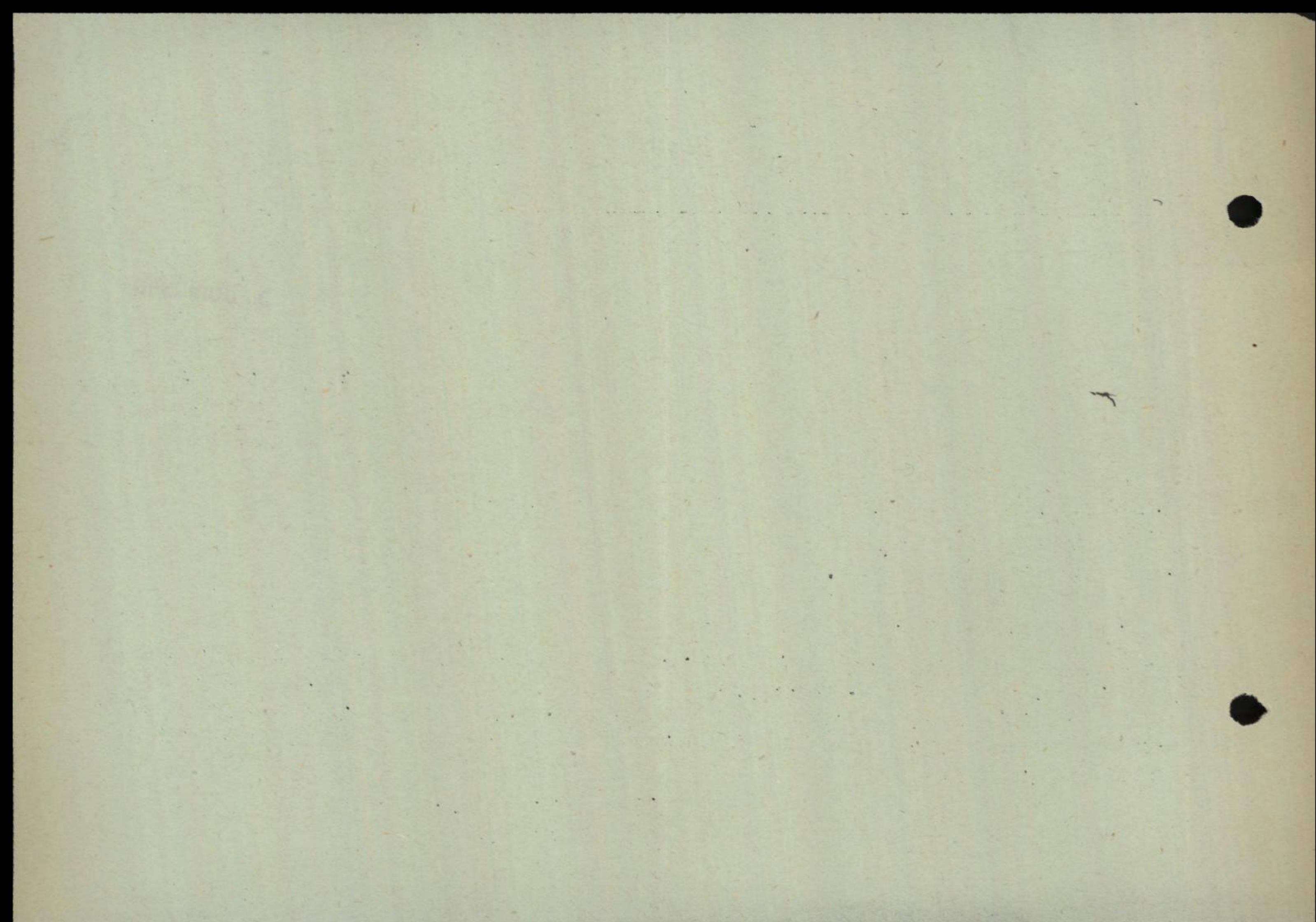
Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4

Sehr geehrter Herr Dr. Heimrich.

Beigefügt ist die erste Aufforderung der Textilveredelung Wuppertal zur Zahlung des offenstehenden Betrages. Würden Sie der Stelle bitte mitteilen lassen, dass wir im Augenblick dabei sind unsere offenen Forderungen in der Russ. Zone festzustellen, die wir Hölken dann zedieren werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

Lindhorst.



[illegible]

4. Juni 1946

Herrn

Dr.O./Kr.

Kurt Lindhorst

Heidelberg

Anlage 20

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

In der Sache H ö l k e n erhielt ich Ihr Schreiben vom 28.5.46. Ihren Vorschlag halte ich für sehr praktikabel, wenn sich die Firma Hölken, was ich allerdings bezweifle, damit einverstanden erklärt.

Ich könnte mir allerdings denken, dass die Firma Hölken Ihnen entgegenhält, Sie seien ja nicht behindert, Ihre Forderungen im russischen Sektor zu realisieren, wenn die betreffenden Schuldner zahlungsfähig sind. Im Falle von Zahlungsunfähigkeit wird aber auch Herr Hölken an einer solchen Forderung kein grosses Interesse haben.

Bei dieser Gelegenheit würde es mich interessieren, wie Sie Ihre Forderungen an russische Schuldner in Ihrer Bilanz bewertet haben. M.E. besteht keine Möglichkeit, solche Forderungen ohne weiteres abzuschreiben, sondern diese müssen vielmehr zum Nennwert aktiviert werden. Hoffentlich verändert sich durch einen solchen Wertansatz nicht Ihr Betriebsvermögen so stark, dass die in dem G.m.b.H. Vertrag vorgesehene Bewertung der Sacheinlage geändert werden muss.

Im übrigen komme ich auf Ihre Gm.b.H.-Angelegenheit

b.w.

129

in den nächsten Tagen zurück, nachdem ich gelegentlich eines
Termins bei dem Notar, Oberjustizrat C u r t a z , den gan-
zen Fragenbereich besprochen habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Anwaltsassessor.

PS. Eben erhalte ich mit Ihrem Schreiben vom 4.7. den Konto-
auszug der Firma Textilvermahlung Wuppertal, an die ich wie
in der Anlage geschrieben habe. Ich habe vorsichtshalber
darauf abgestellt, dass Sie Ihre Buchhaltung neu aufstel-
len müssen und habe den Gesichtspunkt einer Forderungs-
zession absichtlich nicht erwähnt. Denn der Gläubiger ist,
wie Sie schon aus meinen obigen Ausführungen entnommen
haben dürften, nicht verpflichtet, Zession einer Forderung
als Erfüllung der Zahlungsverbindlichkeit gelten zu las-
sen. Deshalb wird es sich empfehlen, zunächst einmal Zeit
zu gewinnen, bis Sie festgestellt haben, welche Forderun-
gen in der russischen Zone überhaupt noch realisierbar sind.

1 Anlage.

P. Lindhorst

Heidelberg, Den 28. Mai 1946
Anlage 20

31. Mai 1946

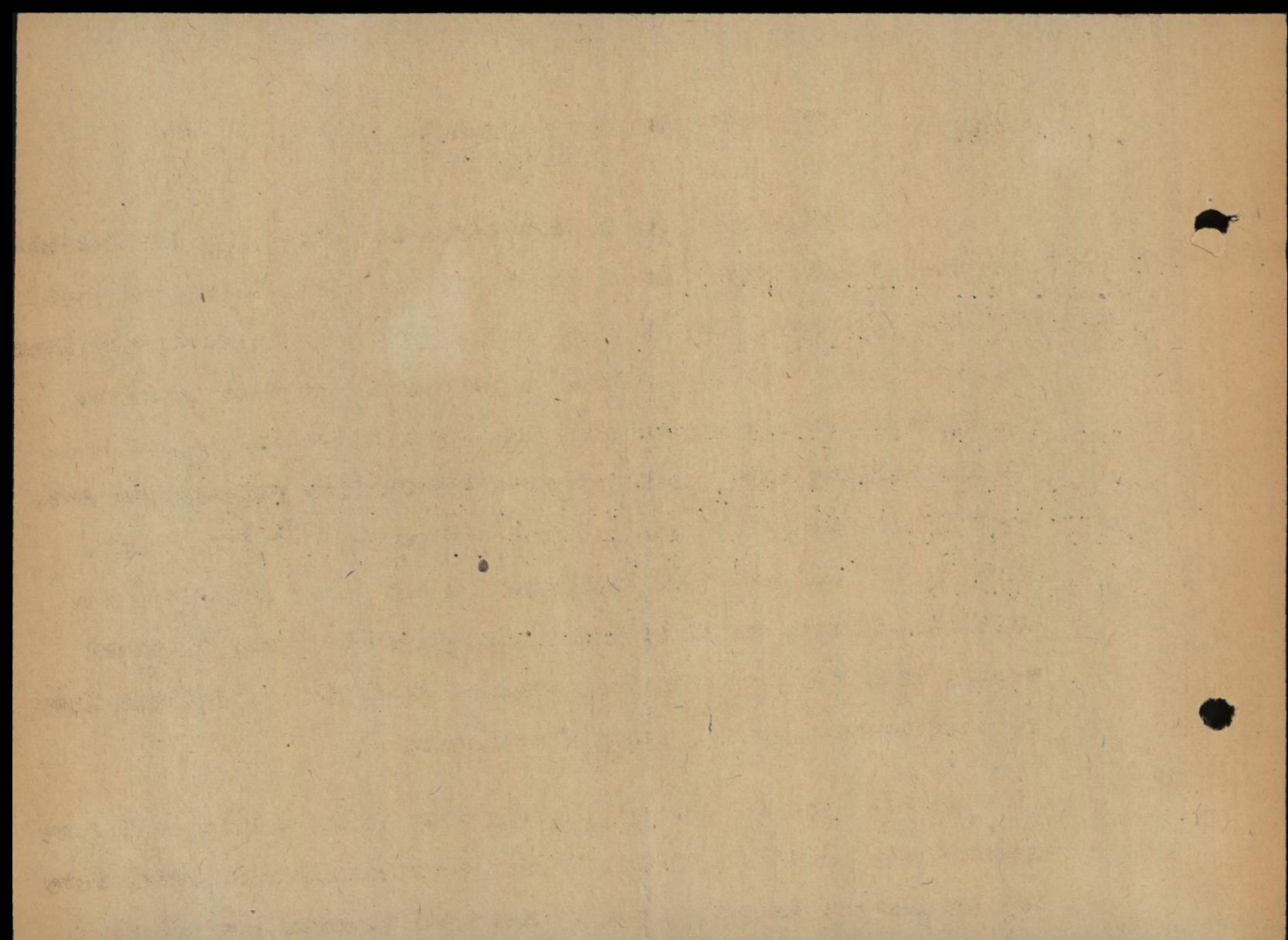
Herrn
Dr. Dr. h.c. Hermann Heimrich
Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4

Sehr geehrter Herr Dr. Heimrich.

Was würden Sie dazu meinen, wenn ich der Firma Hölken eine meiner Forderungen im russischen Sektor zedieren würde? Ich muss mich allerdings erst bei meiner einen Buchhalterin erkundigen, ob sie noch feststellen kann, welcher meiner Kunden nicht sein Konto beglichen hat.

Hochachtungsvoll !

Lindhorst



W.V. 876.v

27. Mai 1946.

Herrn

Dr.O./Di.

Kurt Lindhorst

Heidelberg

Anlage 20

Sehr geehrter Herr Lindhorst !

In der Angelegenheit Hölken danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 22.Mai 1946, wonach Ihnen ein Zeuge zur Verfügung steht für die Tatsache, dass die Rechnungen Hölken seinerzeit von Ihnen zur Bezahlung angewiesen sind. Leider kommt es nach formalem Recht, worauf Herr Björge übrigens schon hinweist, darauf an, ob die Zahlung beim Empfänger auch tatsächlich eingegangen ist. Nach § 270 BGB reist eine Zahlung auf Gefahr des Schuldners. Erst die Gutschrift beim Empfänger bedeutet die Erfüllung der Verbindlichkeit. Es nützt Ihnen also in rechtlicher Hinsicht wenig, wenn Sie auch beweisen können, dass Sie angefallene Lieferantenrechnungen seinerzeit bezahlt haben.

Daß die hier aufgeworfene Frage aber nicht allein nach formalem Recht sondern nach Billigkeit beurteilt werden muss, habe ich in unserem Schreiben vom 11.Mai 1946 bereits ausgeführt. Mittlerweile haben wir auf Anfrage von einem Berliner Rechtsanwalt erfahren, dass die in der russischen Zone angeordnete Einfrierung von Bankguthaben nicht sonstige Forderungen, die an andere Schuldner als an Banken gerichtet sind, betrifft. Also auch unter diesem Gesichtspunkt besteht keine Möglichkeit, die

./.

Forderung des Herrn Hölken abzuwehren, sondern nur nach den bereits dargelegten allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die sich aber erst in der Praxis der Gerichte entwickeln müssen.

Wir bitten Sie noch, uns mitzuteilen, ob wir die Korrespondenz mit Herrn Hölken aufnehmen sollen, um ihn auf diejenigen Rechtsgesichtspunkte aufmerksam zu machen, die gegen seine Stellungnahme sprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwalt.

P. Lindhorst

KINDER- UND JUNGMÄDCHEN - BEKLEIDUNG / ENGROS - EXPORT

25. Mai 1946

HEIDELBERG, DEN 22. Mai 1946
ANLAGE 20
TELEFON 2656

X

Herrn

Dr.Dr. h.c. Hermann Heimerich

Heidelberg
Neuenheimerlandstr. 4

Lindhorst
Dr

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich !

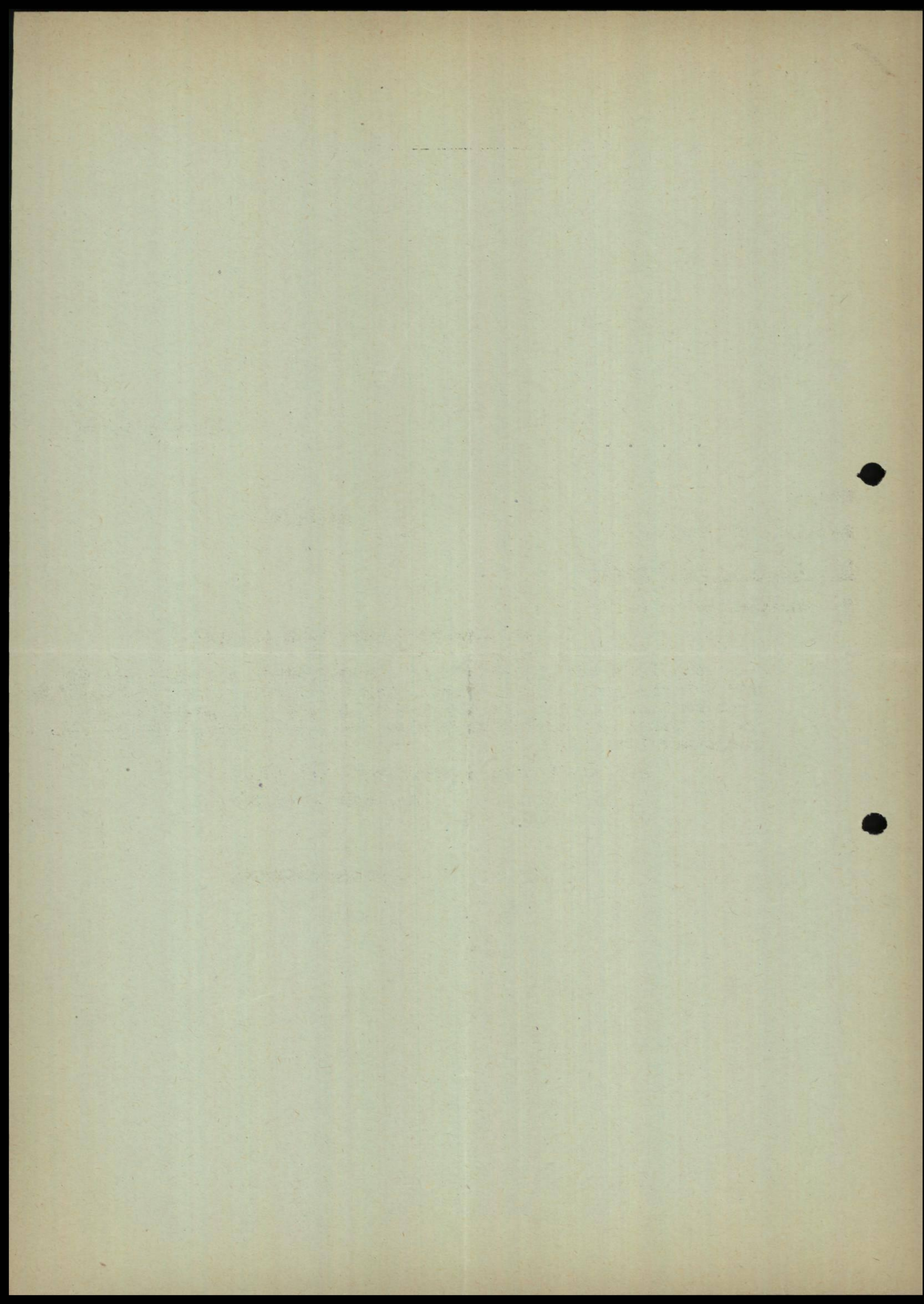
Im Anschluss an meine Ausführungen in der Angelegenheit
H ö l k e n , erhalte ich heute einen Brief von meinem früheren
Prokuristen und Geheimbuchhalter Herrn Björge, dieser teilt
mir unter anderem folgendes mit:

" Ich hatte vor dem Ende alle Lieferantenrechnungen bezahlt,
ob die Überweisungen angekommen sind, ist wohl fraglich ",
daraus geht hervor, dass Herr Björke, welcher noch bis zum
letzten Augenblick selbst nach der Russenbesatzung in meinem
Büro war, jede noch aussenstehende Forderung vor seinem Ab-
gang beglichen hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Lindhorst.



27. Mai 1946.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Albert Schilling

Dr.O./Di.

Berlin - Grunewald

Hohenzollerndamm 46/47

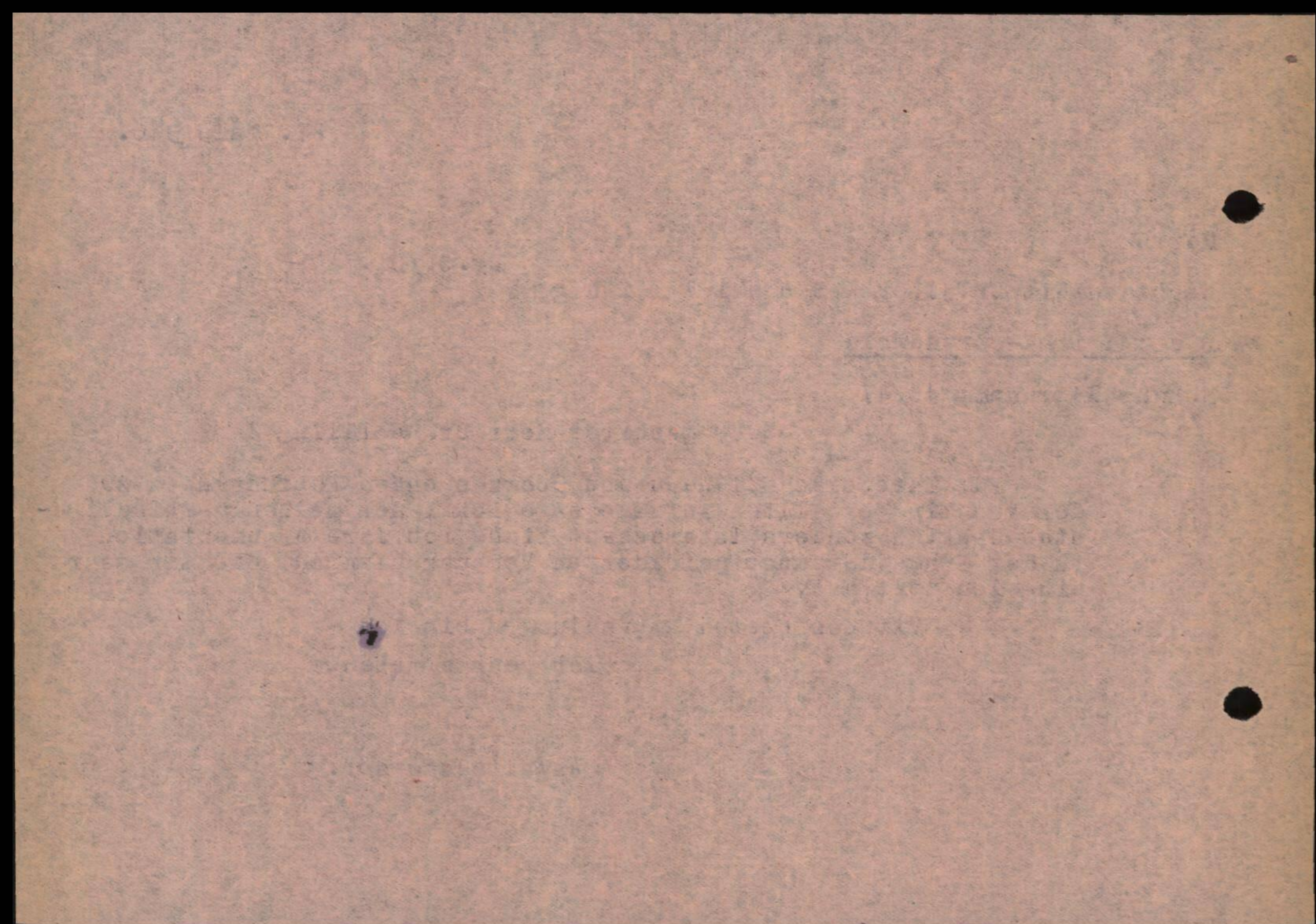
Sehr geehrter Herr Dr. Schilling !

Für Ihre erschöpfenden und überzeugenden Ausführungen zu der von mir gestellten Anfrage sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. Besonders interessant finde ich Ihre Argumentation in der Frage der unaufgeforderten Vorauszahlungen, die mir sehr eingeleuchtet hat.

Mit den besten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

Anwaltsassessor.



Dr. Albert Schilling

Rechtsanwalt

(1) Berlin - Grunewald

Hohenzollerndamm 46/47

Fernsprech-Sammelnummer 86 73 71

Postscheckkonto: Berlin 613 14

Berlin-Grunewald, den 15.5.1946
Hohenzollerndamm 46/47
Dr.Sch./Dr.

25. Mai 1946

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Hermann Heimerich
z.Hd.d.Herrn Anwaltsassessor
Dr. Otto

(17a) Heidelberg

Neuenheimer Landstrasse 4.

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Auf Ihre Rückfrage vom 2.5., die erst gestern in meinen Besitz gelangte, teile ich Ihnen folgendes mit:

Befehle der S.M.A. (Sowjetische Militärische Administration) betreffend Blockierung der Konten in der russisch besetzten Zone sind m.W. nicht veröffentlicht worden. Soweit Befehle der Presse nicht zum Abdruck übergeben werden, können sie auch bei der Zentralverwaltung oder anderen amtlichen Stellen nicht eingesehen werden.

Im August 1945 wurden sämtliche Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute in der sowjetischen Zone geschlossen. Auf die vor dem 8.5.45 bei den geschlossenen Instituten entstandenen Guthaben durften Auszahlungen nicht erfolgen; über die seit dem 8.5.45 entstandenen Guthaben konnte nur verfügt werden, soweit diese durch die Aktiven der Institute am Tage der Schliessung gedeckt waren. Den Provinzialverwaltungen und den Verwaltungen der föderalen Länder der sowjetischen Besatzungszone wurde durch Befehl des Marschalls Shukow das Recht eingeräumt, das Bank- und Kreditwesen neu zu ordnen. Es wurden neue Provinzial- und Landesbanken, ebenso neue Sparkassen gegründet, auf welche die in der Zeit vom 8.5. bis zum Tage der Liquidation der Altinstitute entstandenen Guthaben in laufender Rechnung und an Einlagen übertragen wurden, soweit sie durch die Aktiven der geschlossenen Institute gedeckt waren.

Forderungen aus Lieferungsverträgen in dem von Ihnen angedeuteten Sinne wurden durch die Blockierung selbstverständlich nicht betroffen. Der Einwand Ihres Mandanten, dass er seinen gesamten Besitz in der russischen Zone habe zurücklassen müssen und dass er deshalb auch der darauf lastenden Schulden ledig sei, schlägt daher nicht durch. Die

Dr. Albert Schilling

Rechtsanwalt
(1) Berlin - Grunewald

Hohenzollernstrasse 17

Telegraphisch-Sammelnummer 88 3371
Postcheckkonto Berlin 61314



Mitgl. d. NSRB

2. 5. 1948

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen,

dass ich die Angelegenheit

bezüglich der ...

... habe

... und

... habe

... und

... habe

... und

... habe

... und

... habe

... und

... habe

Kontensperre und Blockierung seines Vermögens berechtigt Ihren Mandanten nicht zur Zahlungsverweigerung; sie ist lediglich Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Vollstreckungsschutzes bzw. der Vertragshilfe-Verordnung, und zwar mit dem Ziel der Stundung oder Gewährung von Teilzahlungen.

In dem von Ihnen erwähnten 2. Fall betreffend Vorschusszahlung auf noch zu bewirkende Lieferungen beurteile ich die Rechtslage wie folgt:

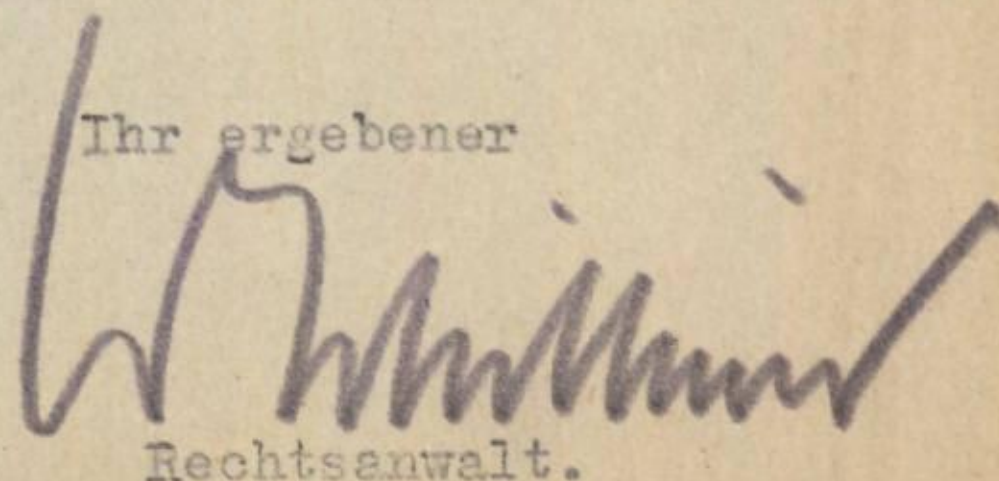
Sind die Vorschusszahlungen vertraglich nicht vereinbart gewesen, sondern von Ihrer Mandantin unaufgefordert "zum Zwecke der Geldanlage und um schneller Lieferungen hereinzubekommen" geleistet worden, so dürfte m.E. für die Firmen Mercedes und Adrema die Möglichkeit bestehen, mit Rücksicht auf die Kontensperre zur Zeit die Erfüllung durch Barzahlung zu verweigern. Der Rückforderungsanspruch kann in einem solchen Falle nur auf die Bestimmungen über die ungerechtfertigte Bereicherung (§§ 812 ff. BGB) gestützt werden, weil, wie gesagt, eine vertragliche Verpflichtung zur Leistung des Vorschusses nicht bestand und die Lieferfirma infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse den ihr erteilten Auftrag nicht zur Ausführung bringen kann, ohne dass sie dabei irgend ein Verschulden trifft. Gegenüber dem Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung kann der Schuldner geltend machen, dass der Vorschuss auf seinem Bankkonto "eingefroren" sei und er daher nur noch um den Anspruch bereichert ist, den er gegen seine Bank hat. Diesen Anspruch muss er auf Verlangen des Bestellers an diesen abtreten. Er braucht aber nicht sein sonstiges Vermögen zur Erfüllung der Schuld anzugreifen.

Wenn die Vorschüsse dagegen vertraglich vereinbart worden sind und nachgewiesen wird, dass die Lieferantenfirma mit dem Gelde gearbeitet hat, so wird im Falle der Aufhebung des Liefervertrages die Kontensperre für sich allein der Lieferfirma nicht das Recht geben, die Rückzahlung des Vorschusses zu verweigern. Dieser Fall liegt jedoch bei Ihnen nicht vor.

Ich füge zu Ihrer Information in der Frage der Altschulden einen Erlass des Kammergerichtspräsidenten bei, der in dem gestrigen Verordnungsblatt der Stadt Berlin zum Abdruck gelangt ist und verbleibe mit verbindlichen Grüßen

Anlage.

Ihr ergebener



Rechtsanwalt.

Handwritten text at the top of the page, possibly a title or header.

First main paragraph of handwritten text, starting with a capital letter.

Second main paragraph of handwritten text, continuing the narrative.

Third main paragraph of handwritten text, further details.

Fourth main paragraph of handwritten text, concluding the main body.

Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or footer.

Der Kammergerichtspräsident

- 3404.2254.46 A.K.G. -

Berlin C 2, den 3. April 1946
Neue Friedrichstr. 12/17.

Betrifft: Forderungen und Schulden aus der Zeit
vor dem 8. Mai 1945.

Die Frage der rechtlichen Behandlung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Rechtsverhältnissen, die vor der Beendigung der Kampfhandlungen begründet worden sind, ist bisher im Verordnungswege nicht geregelt worden. Hieraus haben sich beachtliche wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben, auf die insbesondere in der letzten Zeit vielfache Eingaben an Behörden hingewiesen haben. Die Rechtsprechung muss bis zur allgemeinen Regelung dieser Frage versuchen, dieser Schwierigkeiten aus eigener Kraft Herr zu werden.

Ich bin mir bewusst, dass ich nicht die gesetzliche Möglichkeit habe, hier der Rechtsprechung vorzugreifen, die den ordentlichen Gerichten in voller Unabhängigkeit obliegt. Ich habe daher auch nicht die Absicht, den in ihren Entscheidungen unabhängigen Gerichten irgendwelche Anweisungen nach dieser Richtung zu erteilen. Ich kann aber wohl darauf hinweisen, dass mir schon jetzt gesetzliche Möglichkeiten gegeben erscheinen, hier helfend einzugreifen.

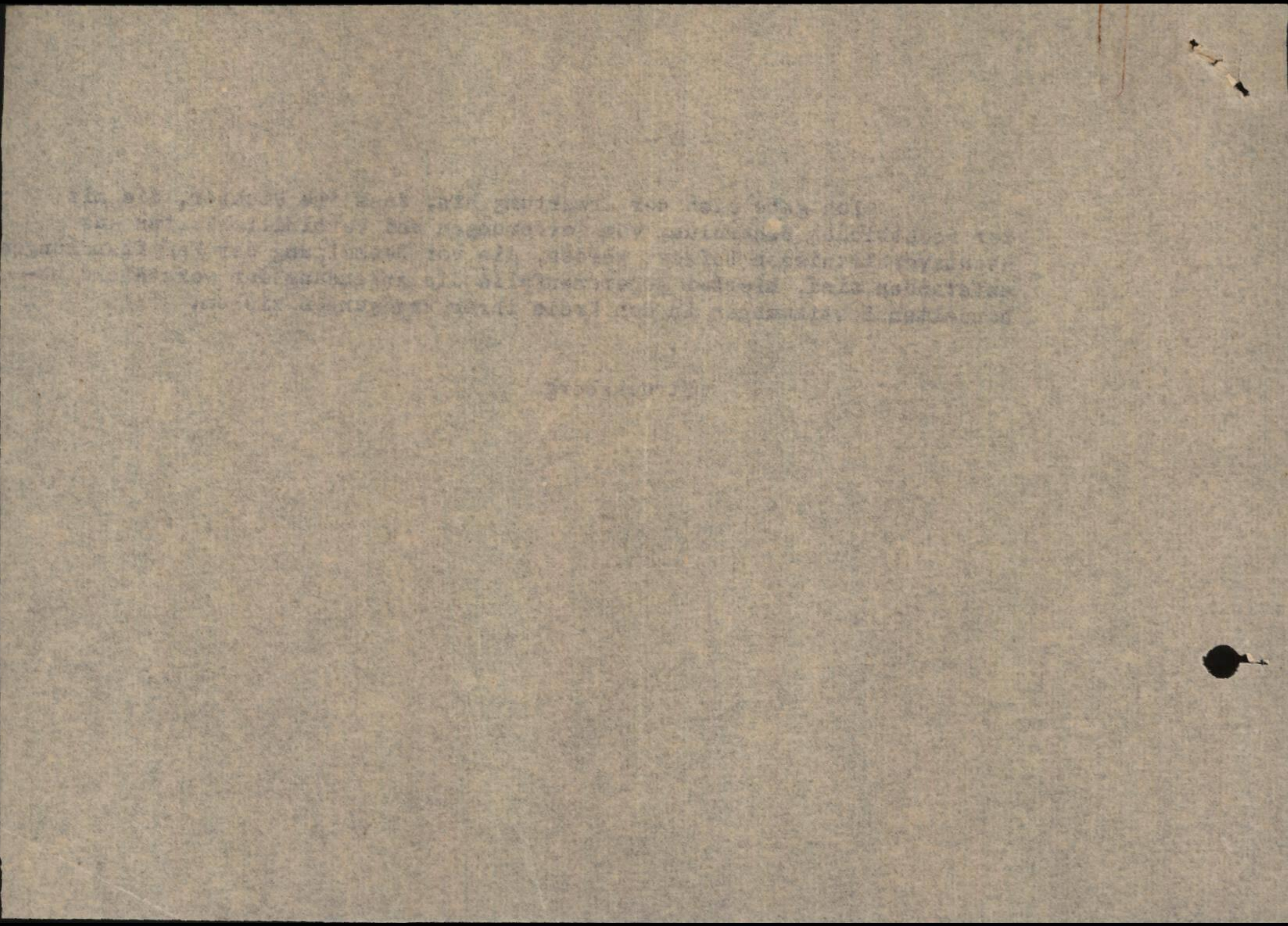
Ich verweise zunächst auf die Vertragshilfe-Verordnung vom 30. November 1939 in der Fassung der Abänderungs-Verordnungen vom 3. November 1941 und 11. Dezember 1942. Gegen die Weiteranwendung dieser Verordnung auch jetzt noch - abgesehen von den völlig gegenstandslos gewordenen Vorschriften der §§ 33, 34 a.a.O., deren jetzige Nichtanwendung ausser Zweifel steht - sehe ich zur Zeit kein wesentliches Bedenken. Nach § 36 Abs. 2 a.a.O. bestimmt der Reichsjustizminister den Zeitpunkt des Ausserkrafttretens dieser Verordnung. Eine solche Bestimmung ist bisher nicht erfolgt. Die Tatsache, dass es seit Beendigung der Kampfhandlungen einen Reichsjustizminister nicht mehr gibt, zwingt meiner Auffassung nach nicht zu der Annahme, dass allein damit die weitere Anwendbarkeit der Verordnung ausgeschlossen wird.

Wenn es auch richtig ist, dass der Hauptzweck dieser Verordnung nach der Einleitung zu ihr das Durchhalten der deutschen Wirtschaft im Kriege gewesen ist, so sollte durch die Bestimmungen dieser Verordnung den durch die Auswirkungen des Krieges in wirtschaftliche Not geratenen Schuldner wegen der besonderen Lage ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit möglich, geholfen werden. Diese Auswirkungen des Krieges bestehen hinsichtlich der Forderungen und Verbindlichkeiten auch jetzt noch nach der Beendigung der Kampfhandlungen fort. Ich halte sie für geeignet, die Weiteranwendung der Vertragshilfe-Verordnung zu rechtfertigen.

Es kommen weiter in Betracht das Gesetz zur Verhütung missbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten vom 13. Dezember 1934 und die Verordnung über Massnahmen auf dem Gebiete des bürgerlichen Streitverfahrens, der Zwangsvollstreckung, des Konkurs- und des bürgerlichen Rechts vom 1. September 1939 in Verbindung mit der Verordnung über weitere Massnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung vom 31. Oktober 1939. Der Weiteranwendung auch dieser Bestimmungen steht meiner Auffassung nach nicht entgegen, dass sie aus der Zeit nach dem 30. Januar 1933 stammen, da sie nazistisches Gedankengut nicht darstellen, und dass sie zum Teil erst nach Kriegsausbruch erlassen und in Kraft getreten sind.

Ich gebe mich der Erwartung hin, dass die Richter, die mit der rechtlichen Behandlung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Rechtsverhältnissen befasst werden, die vor Beendigung der Kampfhandlungen entstanden sind, hierbei gegebenenfalls die Anwendung der vorstehend behandelten Bestimmungen in den Kreis ihrer Erwägungen ziehen.

Strucksberg



P. Lindhorst

KINDER- UND JUNGMÄDCHEN - BEKLEIDUNG / ENGROS - EXPORT

HEIDELBERG, DEN 14. Mai 1946
ANLAGE 20
TELEFON 2656

Herrn

Dr. Heimerich

H e i d e l b e r g

Neuenheimerlandstr. 4

15. Mai 1946

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich !

In der Angelegenheit Hölken habe ich gestern in Frankfurt gehört, dass allen Berliner Firmen mit der Sperrung der Bankkonten am 1.V.45 gleichzeitig ein Zahlungsmoratrien erteilt wurde. Da ich ja meine Außenstände in der Russ.Zone auch nicht eintreiben kann, da meine Abnehmer auch durch die Bankkontensperre nicht bezahlen können, kann dies billiger Weise auch keiner von mir verlangen.

Ich habe in der Rhein - Neckarzeitung am 4.5.46 einen Artikel "Guthabensperre und alte Schulden in der Ostzone", gelesen, darin heist es u.a.:

Ferner bedarf die Frage der nicht angekommenen Überweisungen die in der letzten Phase des Krieges den gesamten Zahlungsverkehr namentlich mit den westlichen Zonen in Unordnung brachten, einer Klärung. Der Auftraggeber ist belastet worden, der Empfänger aber hat die Überweisung nie erhalten. Eine nochmalige Überweisung vom Schuldner zu verlangen, wäre eine unbillige Härte. Hier eine Entwirrung zu schaffen, wird nicht möglich sein, da die Belege usw. nicht mehr vorhanden sind."

Da wir bis zum Tag vor dem Brand täglich Überweisungen mit der Post machten, unser Postamt und Bank jedoch am gleichen Tage zerstört wurden, außerdem meine Kassierererin verstorben ist, ist es praktisch für mich unmöglich zu beweisen, dass die offenstehenden Beträge bezahlt sind. Trotzdem dies nach der Geflogenheit in meiner Firma pünktlich geschehen sein müsste.-

Auf Ihre weitere Frage, "welche Vermögensbestände ich im Osten zurückgelassen habe," komme ich in Kürze zurück, bis ich weiss was noch von meinen ver~~lorenen~~ Beständen in nächster Zeit herein kommt.

Eins kann ich heute jedoch schon sagen, dass der gerettete Vermögensteil nur ein kleiner Teil gegenüber des Verlorenen ist.-

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr ergebener
Wierthorst.

WV. am 29.5.46

W.V. 3/75.v
11. Mai 1946

Dr.H./Kr.

Herrn

Kurt Lindhorst

Heidelberg

Anlage 20

Betr.: Angelegenheit H ö l k e n G.m.b.H.

Sehr geehrter Herr Lindhorst!

Wir haben uns nocheinmal eingehend mit dem Problem befasst, das im Falle des Anspruchs der Firma H ö l k e n G.m.b.H. gegen Sie zutage getreten ist. Dabei haben wir uns die Frage vorgelegt, ob es der Billigkeit entspricht, denjenigen, der im Osten allen Besitz verloren hat, noch obendrein uneingeschränkt mit allen aus diesem Besitz resultierenden Schulden zu belasten, und ob es richtig ist, einem vom gleichen Schicksal nicht betroffenen Gläubiger die Forderungsbetreibung uneingeschränkt und mit allen Machtmitteln staatlicher Rechtspflege zuzugestehen. Wir sind dabei natürlich zunächst von dem extremsten Fall ausgegangen und wissen sehr wohl, dass es mancher Firma, die in der Ostzone ihren Sitz hatte, gelungen ist, einen Teil ihres Vermögens nach der Westzone hinüberzuretten. Dadurch kompliziert sich natürlich das Problem eines gerechten Ausgleichs.

Wir wissen nun sehr wohl, dass unsere Auffassung von dem formalen Recht nicht getragen wird, dass noch keine Hilfe gegen die hier infrage stehende, unseres Erachtens nicht mehr zumutbare uneingeschränkte Erfüllungsverpflichtung

b.w.

des Schuldners aus der Ostzone bietet. Nun haben wir aber zu unserer Befriedigung festgestellt, dass sich vor einiger Zeit schon das Landgericht Itzehoe mit einem solchen Falle beschäftigt und in einem Urteil folgendes ausgesprochen hat:

"Das Verlangen auf Auszahlung des Guthabens ist ebenfalls nicht gerechtfertigt. Die Beklagten haben den weitaus grössten Teil ihres Geschäfts- und Privatvermögens im Osten zurücklassen müssen und verloren. Die Forderung auf Auskehrung des Guthabens würde die Rechte der anderen Gläubiger schmälern, da selbstverständlich nicht alle Ansprüche befriedigt werden können. Das Verlangen des Klägers verstösst unter diesen Umständen gegen Treue und Glauben, zumal die übrigen Flüchtlinge aus dem Osten in den meisten Fällen eine Ausszahlung ihrer Guthaben bei den Banken und Sparkassen nicht verlangen können."

Damit hat wohl zum ersten Mal ein deutsches Gericht in dieser Frage einen Spruch gefällt, das der obigen von uns vorgenommenen Betrachtung Rechnung trägt. Nun kann man mit gutem Gewissen auch gegenüber der Firma H ö l k e n G.m.b.H. diesen Standpunkt vertreten.

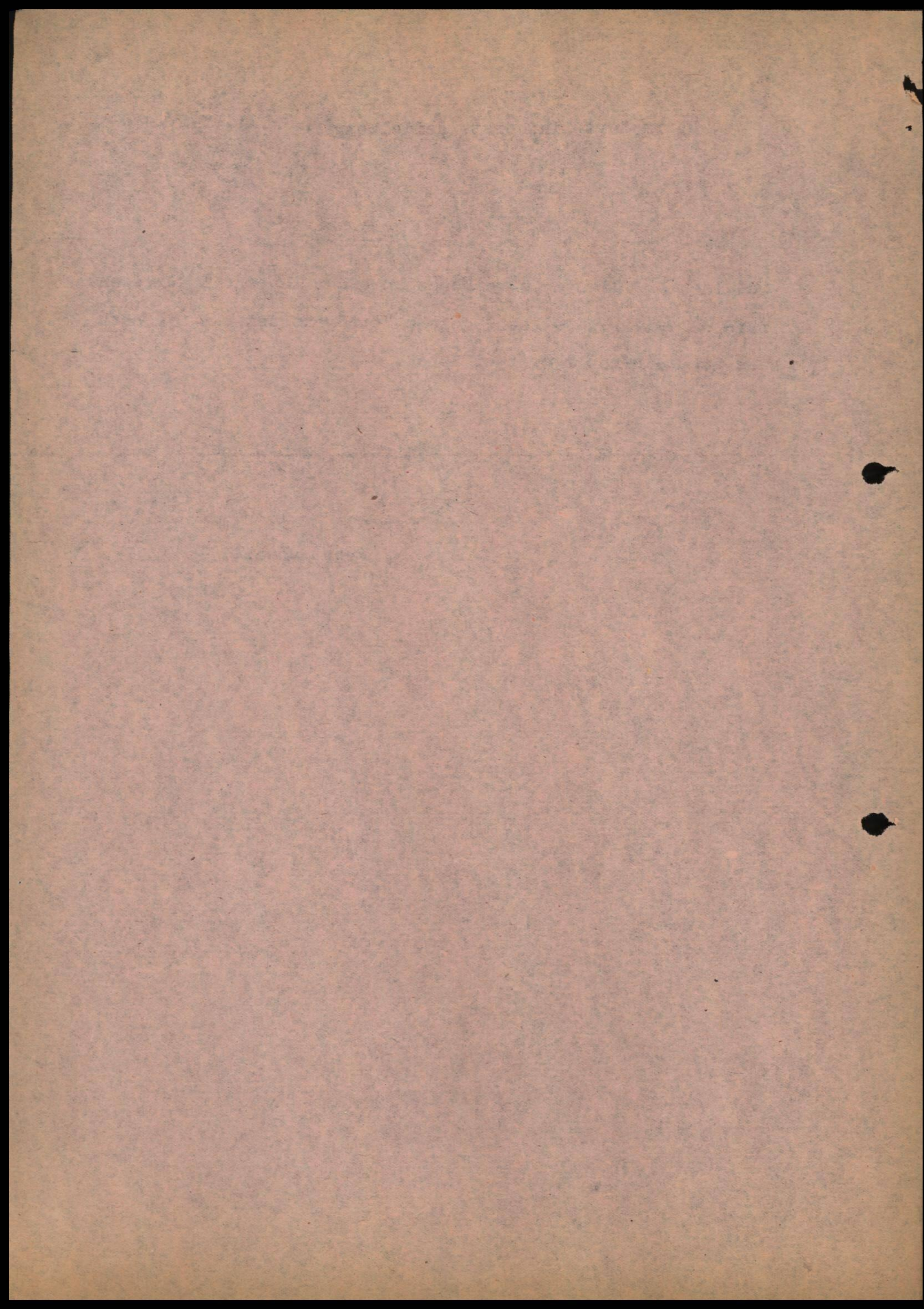
Bei der Schwierigkeit der zur Erörterung stehenden Rechtsfrage möchten wir Ihnen empfehlen, uns die weitere Korrespondenz mit der Firma H ö l k e n G.m.b.H. zu überlassen. Wir wollen versuchen, die Firma H ö l k e n von ihrem derzeitigen Zahlungsverlangen abzubringen und ihr dadurch vielleicht den Kompromissvorschlag, den Sie ihr gemacht haben, schmackhafter zu machen. Es wäre uns allerdings erwünscht, zu diesem Zwecke zu erfahren, welche Vermögensbestände Sie im Osten zurücklassen mussten und welche

11. Mai 1946

Schulden auf diesem Ostvermögen ungefähr lasten. Interessant wäre es weiter zu wissen, welche Vermögensbestände Sie nach dem Westen hinübergerettet haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Rechtsanwalt.



Heidelberg, 10. Mai 1946

Betr.: Angelegenheit Hölken.

Auszug aus einem Brief an Herrn Kurt Lindhorst,

Heidelberg, Anlage 20.

"In der Angelegenheit Hölken möchte ich zunächst Erkundigungen einziehen, ob die Einfrierungsbestimmungen in der russischen Zone sich nur auf Bankguthaben oder auch auf andere Forderungen beziehen. Nach Erhalt dieser Auskunft werde ich auf die Angelegenheit zurückkommen."



2. Mai 1946

Dr. H. / Kr.

1. *Calce. vulgaris*
2. *Gentiana* ~~12~~
3. *Androsace*

2. Swine III

8. *H. adriana*

Herr Dr. Schilling!

n dessen Büro ich als Anw
ie Anregung

b. w.

dant steht auf dem Standpunkt, dass er seinen ganzen Besitz in der russischen Zone habe zurücklassen müssen und dass er deshalb auch der darauf lastenden Schulden ledig sei. Ich habe Bedenken gegen diese Auffassung, bin aber in Ermangelung aller Unterlagen nicht in der Lage, dies genau nachzuprüfen.

Die zweite Firma hat ihren Sitz in Saarbrücken und betreibt den Grosshandel von Büromaschinen und Bürobedarfsartikeln. Sie hat vor der Besetzung zum Zwecke der Geldanlage und um schneller Lieferungen hereinzubekommen, den Firmen Mercedes in Zella-Mehlis und der Firma Adrema in Berlin je RM 10.000.-- als Vorschuss auf noch zu bewirkende Lieferungen geleistet. Diese beiden Lieferfirmen stellen sich auf den Standpunkt, dass die Vorauszahlungen infolge der Sperrung aller Konten im russisch besetzten Gebiet eingefroren sind. Auch hier kann ich die Rechtslage ohne Unterlagen nicht beurteilen.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Schilling, zu grösstem Dank verpflichtet, wenn Sie mir in der Beschaffung der notwendigen Gesetzes- und Verordnungstexte behilflich sein könnten.

Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Anwaltsassessor.

P. Lindhorst

KINDER- UND JUNGMÄDCHEN - BEKLEIDUNG / ENGROS - EXPORT

Herrn

Dr.h.c. Hermann Heimrich

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstr. 4

HEIDELBERG, DEN 25. April 1946
~~ANKAGE 20X~~ Rohrbacherstr. 81
TELEFON 2656

26. April 1946

Sehr geehrter Herr Dr. Heimrich !

Darf ich Sie in folgender Angelegenheit um Ihren Rat bitten. Die Firma Martin H ö l k e n Wuppertal - Barmen, behauptet von meiner Berliner Firma P. L i n d h o r s t noch den Betrag von RM 4 681,70 in Ihren Büchern offen zu haben. Alle eingehenden Rechnungen wurden bei mir innerhalb von 10 Tagen beglichen. Da meine ganze Buchhaltung vernichtet und meine Kassiererin in Berlin verstorben ist, kann ich den Nachweiss nicht führen. Andererseits ist mir bekannt, dass die Russen sämtliche Schulden in der besetzten Russischen Zone die aus der Zeit vor der Besetzung stammen annulliert haben und ich infolgedessen auch meine Aussenstände nicht einklagen kann. Wie soll ich mich in diesem Fall verhalten ? Es ist mir von einem befreundeten Rechtsanwalt aus Hamburg bekannt, dass ein deutsches Gesetz in Vorbereitung ist, das die Schulden der ausgebombten Firmen regeln soll.

Ich könnte natürlich Hölken bezahlen, möchte aber aus prinzipiellen Gründen für die Zukunft wissen, wie ich mich zu verhalten habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

Mit 7 Anlagen.

30 100-100

Abschrift

30.10.1945

Martin Hölken
G.m.b.H.
(22) Wuppertal-Oberbarmen
Bockmühle 87 A

Fernruf Nr. 54111

Firma
Paul Lindhorst
Heidelberg
Anlage 19

Buchhaltung.

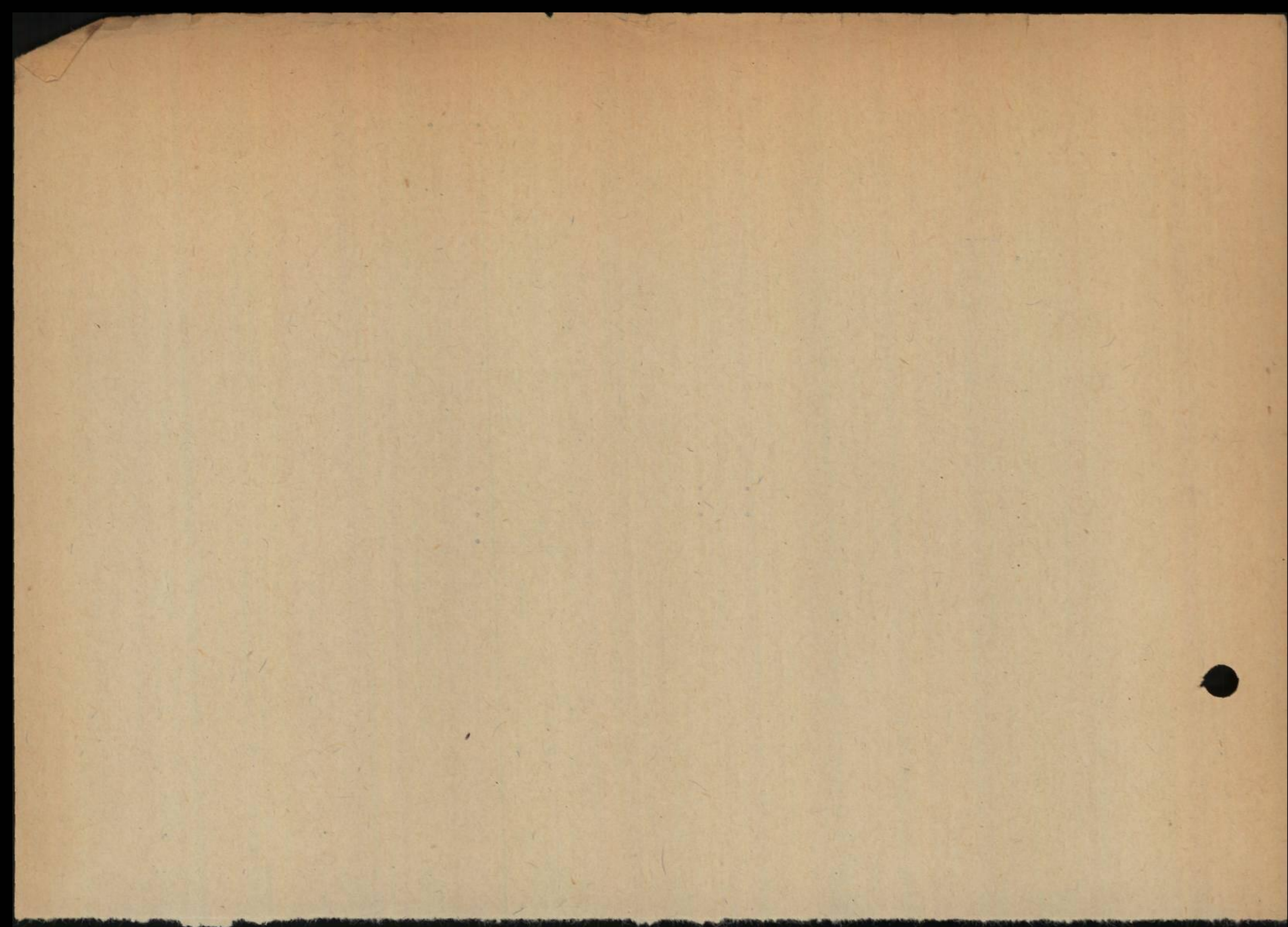
Bei Durchsicht Ihres Kontos stellen wir fest, dass unsere Rechnungen vom

27.11.44	RM 3 750.--
31.12.44	" 931.70
	<u>RM 4 681.70</u>

noch offen stehen. Wir bitten hierdurch höflichst um Überweisung obigen Betrages.

Martin Hölken GmbH

gez. Dr. Hölken



Abschrift

Kurt V. Lindhorst

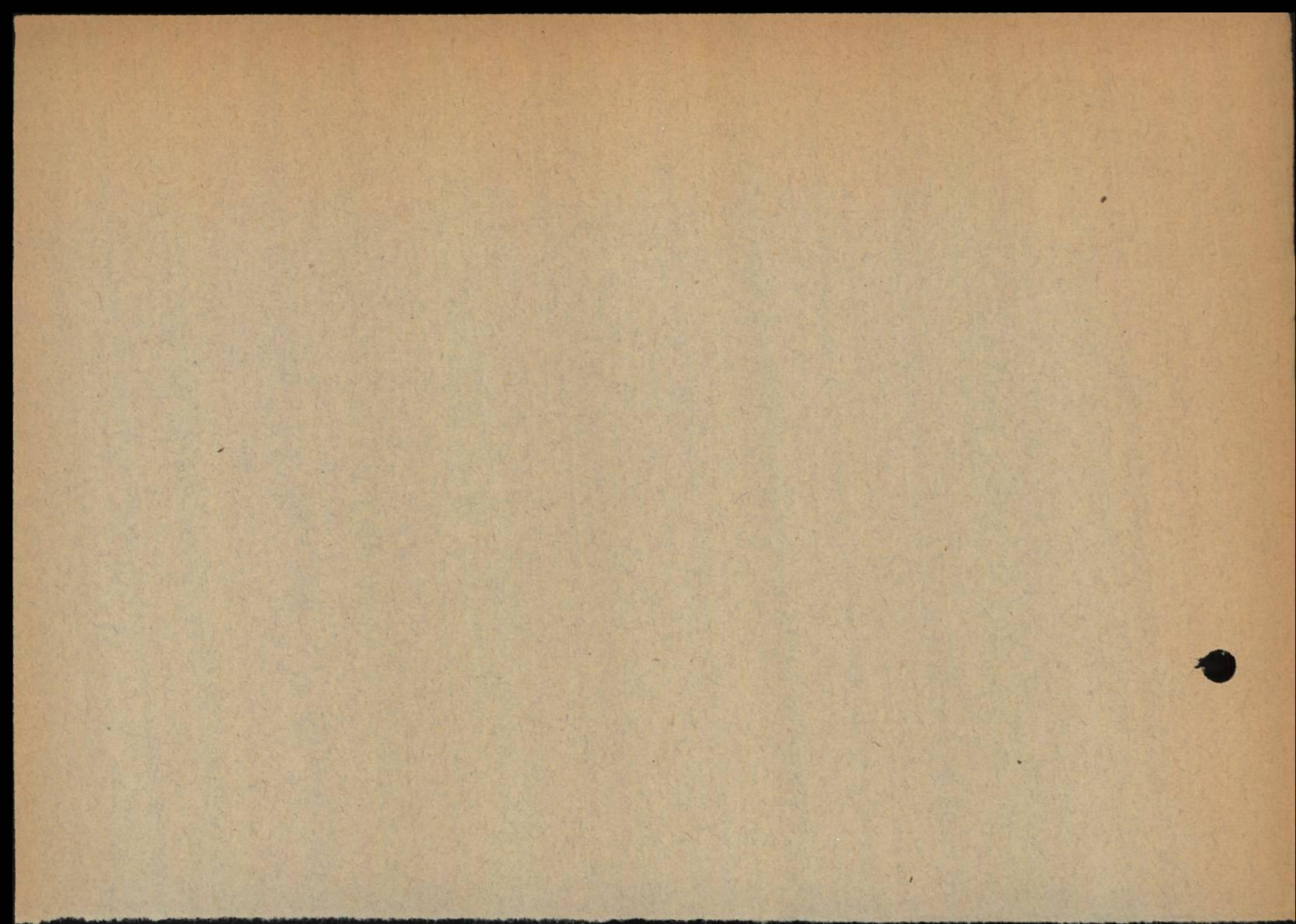
Heidelberg, den 5. Januar 1946

Firma
Martin H ö l k e n
(22) Wuppertal-Oberbarmen
Bockmühle 87 A

Soweit mir bekannt, sind Ihre Rechnungen vom 27.11. und 31.12.44 bezahlt worden. Da meine Buchhaltung jedoch vernichtet worden ist, ebenso mein zuständiges Postamt, muß ich abwarten, wie es mir möglich sein wird, den Nachweis der Bezahlung zu erbringen.

Hochachtungsvoll!

P. LINDHORST



Abschrift

Martin Hölken

G.m.b.H.

den 15. 1. 1946

(22) Wuppertal-Oberbarmen

Bockmühle 87 A

Fernruf Nr. 54111

Herrn

Kurt V. Lindhorst

(17a) Heidelberg

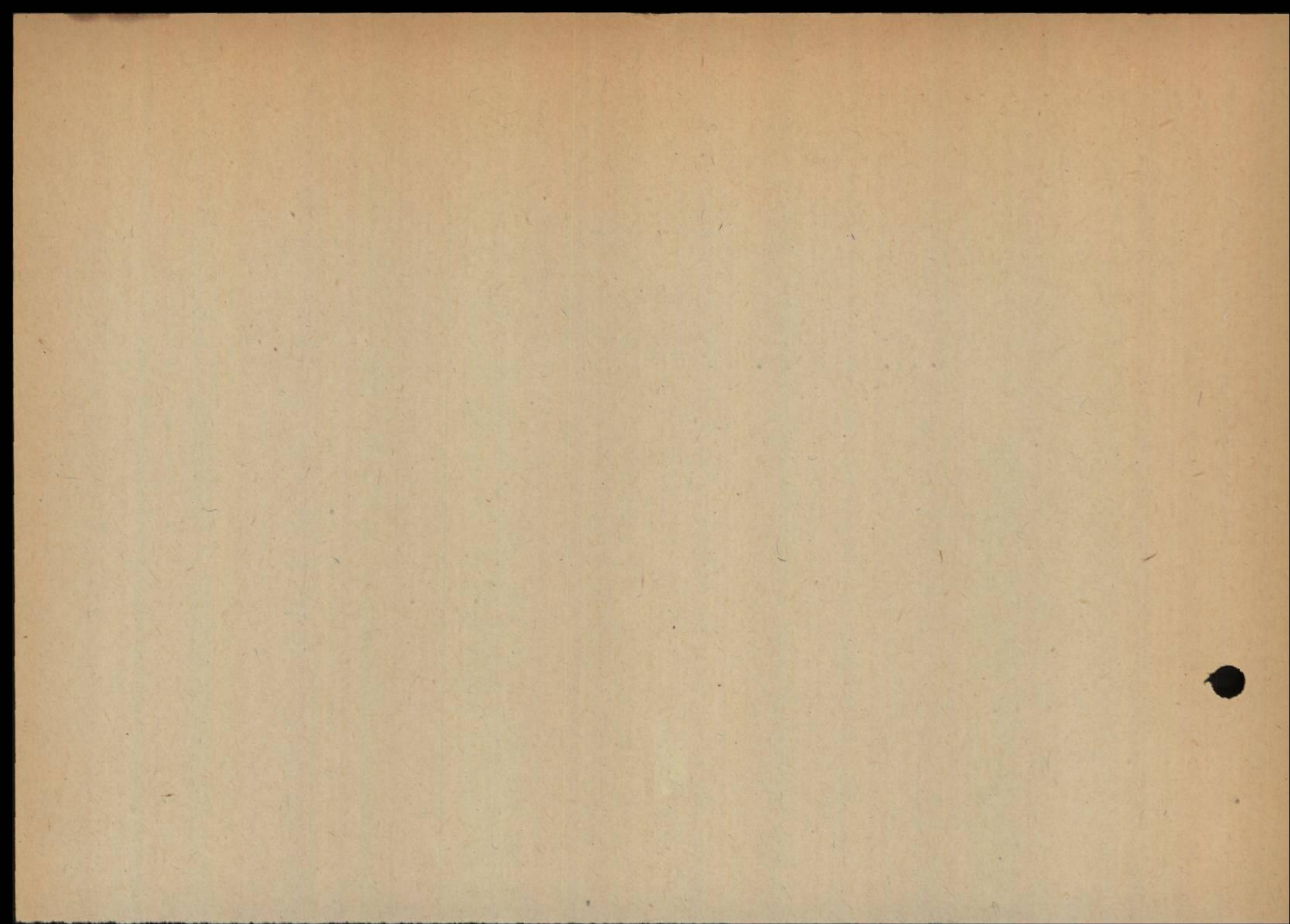
Anlage 20

Wir erhielten Ihren Brief vom 5. dieses Monats, worin Sie uns schreiben, dass soviel Ihnen bekannt ist, unsere Rechnungen vom 27.11. und 31.12.44 bezahlt sind und Sie die Möglichkeit zum Nachweis der Bezahlung abwarten müssen.

Leider müssen wir Ihnen sagen, dass uns mit dieser Mitteilung nicht gedient ist, und wir betonen nochmals, dass keine Zahlung von Ihnen bei uns eingegangen ist. Wir bitten deshalb erneut, um Überweisung unseres verfallenen Guthabens.

Martin Hölken GmbH.

gez. Dr. Hölken



Kurt V. Lindhorst

Heidelberg, 23. Januar 1946
Anlage 20/II

Herrn

Dr. H ö l k e n

i./Fa.Martin Hölken GmbH.

(22) Wuppertal-Oberbarmen

Bockmühle 87 A

Auf Ihren Brief vom 15.d.M. teile ich Ihnen mit, dass meine Rechnungen, was Sie aus unserem langjährigen Geschäftsverkehr wissen werden, stets sofort nach Erhalt bezahlt worden sind, und es liegt keinerlei Grund vor, weshalb das nicht auch mit den von Ihnen angemahnten Fakturen vom 27.11. und 31.12. geschehen sein soll. Im Augenblick ist es mir, wie ich Ihnen schon schrieb, nicht möglich, dafür den Nachweis zu erbringen, weil sämtliche Unterlagen vernichtet worden sind. Ich werde jedoch die in meiner Buchhaltung beschäftigt gewesenen Angestellten befragen, damit sie meine Behauptung, dass die Rechnungen beglichen sind, bezeugen können.

In der damaligen Zeit großer Wirrnisse und Unklarheit sind viele Zahlungen nicht an den Empfänger gelangt, während der Absender ordnungsgemäß dafür belastet worden ist. Es liegt kein Grund vor anzunehmen, dass sich das nicht auch im vorliegenden Fall abgespielt hat. Ich glaube also, dass ein Grund, die Zahlung nochmals vorzunehmen, liegt nicht vor.

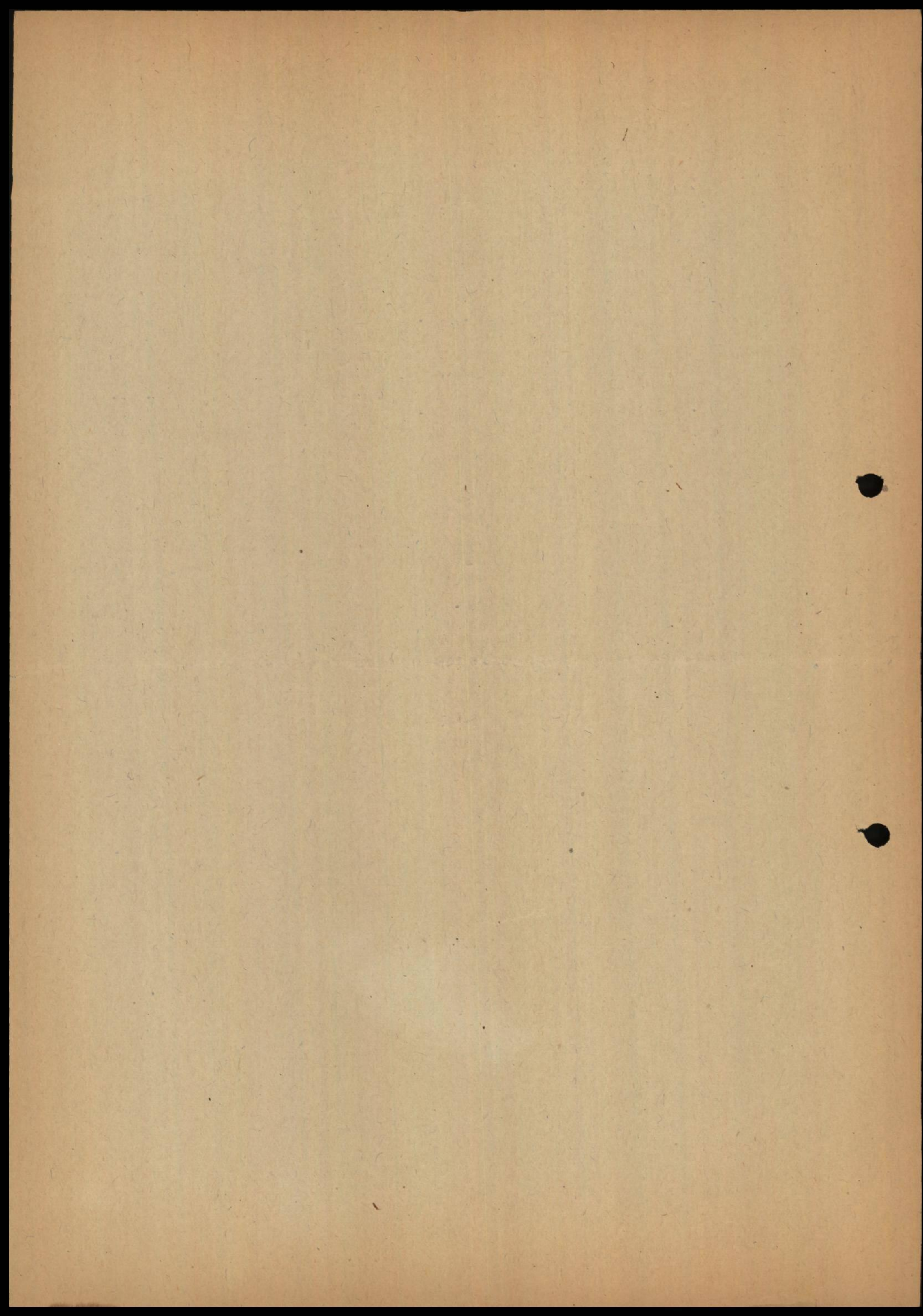
Unabhängig davon mache ich Ihnen aber den folgenden entgegenkommenden Vorschlag; da mir daran liegt, weiterhin mit Ihnen zusammen zu arbeiten und Sie sicher ebenfalls den Wunsch haben werden, mich weiter zu Ihren Kunden zu zählen:

Ich beabsichtige, in allernächster Zeit wieder einen Betrieb zu eröffnen und möchte auch wie in früheren Jahren Ihre Garne beziehen. Machen Sie mir bitte ein Angebot, was Sie mir liefern können und unter welchen Bedingungen es möglich ist. Ich werde dann alle Rechnungen von Ihnen um 10 % ihres Wertes erhöhen, und der überschießende Betrag kann dann zur Abdeckung der noch von Ihnen geforderten Schuld verwandt werden. Ich möchte jedoch ausdrücklich erwähnen, dass ich dadurch nicht den noch offenen Betrag als Schuld anerkenne, sondern dass mir lediglich daran liegt, mit Ihnen in freundschaftlicher Weise auseinander zu kommen.

Ich erwarte mit Interesse Ihre weitere Nachricht und begrüße Sie

Hochachtungsvoll !

gez. Lindhorst



Abschrift

Martin Hölken
G.m.b.H.
(22)Wuppertal-Oberbarmen
Bockmühle 87 A

den 18. Februar 1946

Fernruf Nr. 54111

D/tr

Firma
Kurt V. Lindhorst
(17a) Heidelberg
Anlage 20

Wir bestätigen dankend den Eingang Ihres Briefes vom 23.1.46. Auch uns liegt sehr daran, die angenehme Geschäftsverbindung, die wir im Kriege aufgenommen haben, nach Wiederherstellung geordneter Zustände weiter fortzusetzen, jedoch können wir Ihren Vorschlag einer späteren Verrechnung durch Erhöhung der zu erwartenden Fakturen um 10 % leider nicht gutheissen.

Wir selbst haben eine Reihe Überweisungen letzter Zeit an unsere Spinner zum zweiten Mal durchführen müssen, weil zum Teil die Postscheckämter nicht recht funktionierten, zum Teil andere kriegsbedingte Gründe eine Rolle spielten.

Es mag sehr gut sein, dass auch Ihre Zahlung bei Ihnen abgegangen ist, das Geld ist jedoch leider nicht bei uns eingegangen und darauf kommt es an.

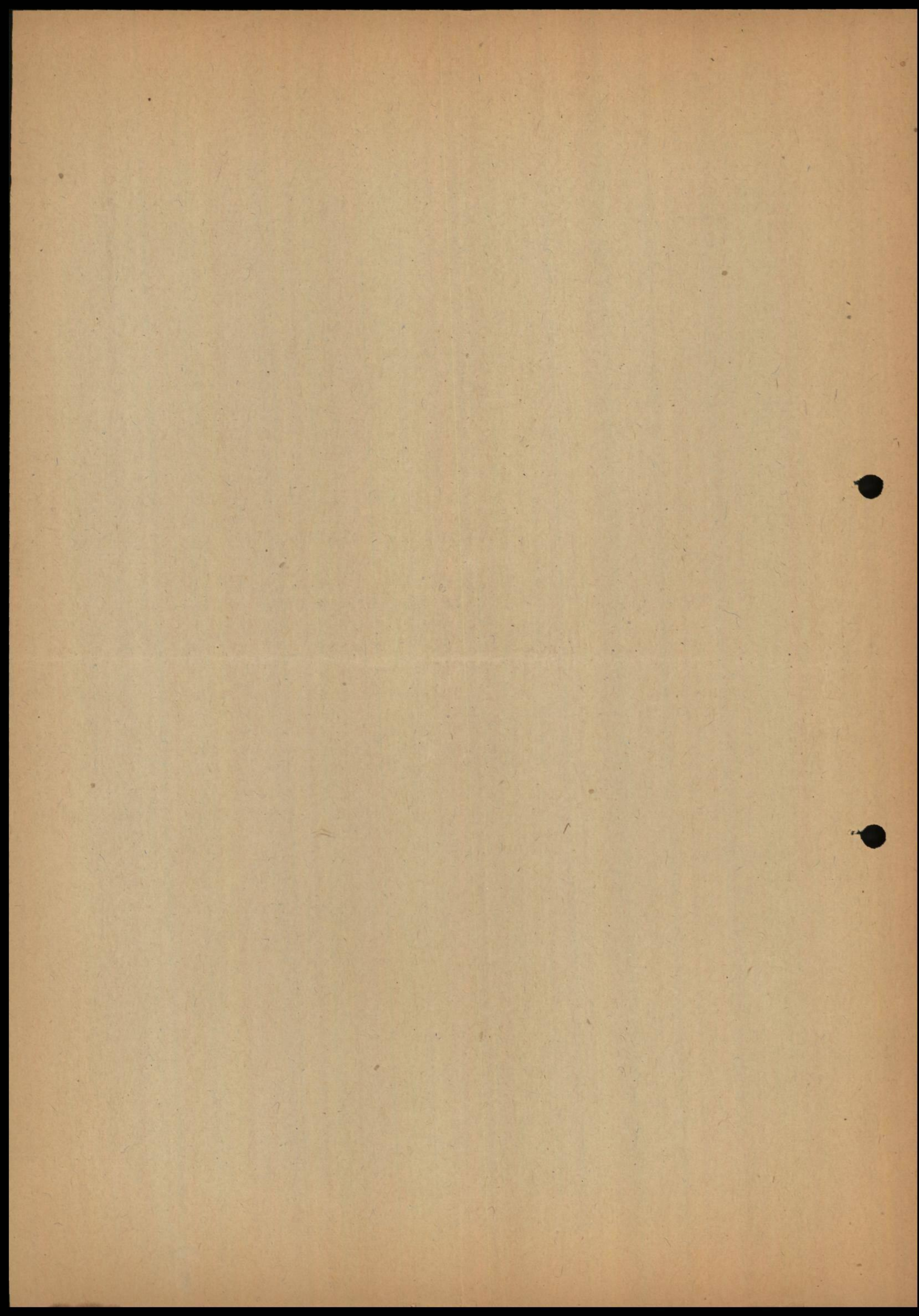
Sie haben selbst Gelegenheit gehabt, unsere zerstörte Fabrik zu sehen. Sie können sich denken, dass sich unsere finanzielle Lage sehr verschlechtert hat. So sind wir leider auch auf die Zahlung jenes noch offenstehenden Betrages von RM 4 681.70 angewiesen. Wir hoffen, keine Fehlbilte getan zu haben, wenn wir Sie noch einmal auffordern, den fraglichen Betrag recht bald zu überweisen.

Sobald wir in der Lage sind, Garne oder andere Sie interessierenden Materialien zu verkaufen - und hierzu bestehen berechtigte Aussichten - werden wir Sie an erster Stelle mit berücksichtigen.

Wir begrüßen Sie

Martin Hölken G.m.b.H.

gez. Hölken



Abschrift

den 5. März 1946

Firma
Martin H ö l k e n GmbH.

(22) Wuppertal - Oberbarmen

Bockmühle 87 A

Ich empfang Ihren Brief vom 18. Februar d.J. und bedauere, dass Sie auf meinen wirklich entgegenkommenden Vorschlag nicht eingehen. Mit einem anderen Weg der Verrechnung der von Ihnen zwar reklamierten, aber von mir sicher bezahlten Schuld kann ich mich nicht einverstanden erklären.

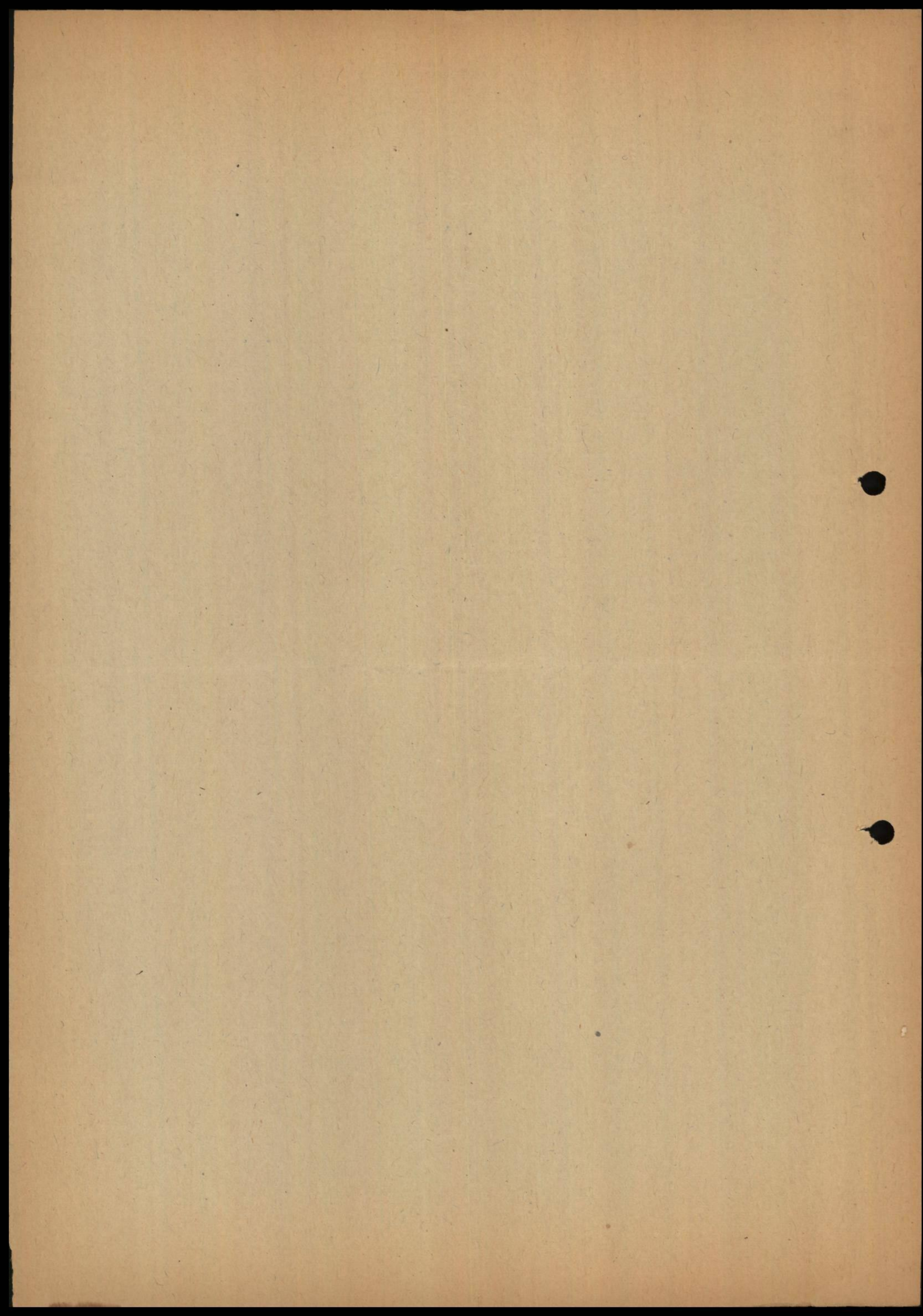
Wenn Sie als Begründung für Ihre Forderung u.a. darauf hinweisen, dass Ihre Fabrik zerstört worden ist, so bitte ich zu bedenken, wie es mir geht.

1. Auch mein großer Betrieb in Berlin ist total zerstört worden und kann überhaupt nicht wieder aufgebaut werden, wie es bei Ihrem Unternehmen erfreulicherweise der Fall ist.
2. Meine ausländischen Zweigniederlassungen in London und New York sind ebenfalls verloren gegangen.
3. Meine Reserveläger in Schlesien und Thüringen liegen in der jetzt russischen Zone und sind, wie ich erfahren habe, restlos geplündert worden.
4. Meine Guthaben auf den Berliner Banken sind gesperrt, und es ist wohl mehr als fraglich, ob ich jemals wieder über diese verfügen kann, während Sie in der glücklichen Lage sind, über Ihr Geld bei den Banken der britischen Zone verfügen zu können, falls es nicht aus anderen Gründen gesperrt worden ist.

Wie gesagt, kann ich mich aus diesen Gründen nur mit der Ihnen vorgeschlagenen Regelung einverstanden erklären und hoffe, daß Sie doch noch darauf eingehen werden.

Hochachtungsvoll !

P. Lindhorst



Abschrift

Martin H ö l k e n
G.m.b.H.
(22)Wuppertal-Oberbarmen
Bockmühle 87 A
Fernruf Nr. 54111

den 11. April 1946

tr

Firma

P. L i n d h o r s t

Heidelberg

Anlage 20

Von dem Inhalt Ihres Briefes vom 5. März nahmen wir Kenntnis. Leider sind wir aber unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage, auf Ihren Vorschlag einzugehen, wie wir Ihnen schon geschrieben haben.

Wir selbst haben größere Verbindlichkeiten zu erfüllen und bitten Sie nochmals, für Überweisung des fälligen Betrages von

RM 4 681.70

bis zum 15. Mai d.J. Sorge zu tragen. Sollten wir bis dahin nicht im Besitz des Geldes sein, müssen wir den Betrag cedieren. Sie werden dann von dritter Seite evtl. wieder von uns hören.

Wir begrüßen Sie

Martin Hölken G.m.b.H.

i.V. gez. Trummel

